ROSALUX
Journal der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
1_2009

## Geschichtsjahr 2009:

**1919:** »Eine andere Welt war möglich«
**1939:** »Vor siebzig Jahren: Der Überfall auf Polen«
**1949:** »Uneingelöste Verfassungsversprechen«
**1989:** »Im Mittelpunkt steht der Mensch«

**Beiträge von Friedrich Schorlemmer, Norman Paech, Klaus Kinner u. a.**

# Schwierige Wege in die Demokratie

# Inhalt


Editorial 3

Ausblick
Die Konfiguration Europas 4
»Politik und Wirtschaft kann man nicht trennen« – zur Aktualität eines Gemeinplatzes 4
Das Prekariat zwischen Krise und Bewegung 5
Israel nach den Wahlen – eine Bilanz nach den ersten 100 Tagen 5
»Schloss – Palast der Republik – Humboldtforum« 5

Rückblick
An der Kreuzung der Krisen 6
Wo liegt Europa? 7

Stiftung
Interview mit Florian Weis: »Es geht nicht darum, den Kapitalismus zu retten« 8

Thema: Geschichtsjahr 2009
Klaus Kinner: Eine andere Welt war möglich! 10
Bagger im Nationaltheater 12
Vor siebzig Jahren: Mit dem Überfall auf Polen beginnt der 2. Weltkrieg 14
Norman Paech: 60 Jahre Grundgesetz 15
Friedrich Schorlemmer: Im Mittelpunkt steht der Mensch 18
»Sozialismus in den Farben der DDR« 22
Veranstaltungen zum Geschichtsjahr 2009 23

Internationales
Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnet Büro in Tel Aviv 24
Landfrauen in der Casamance und politische Aktivisten im Niger Delta 25
Erstes Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Asien 27

Stiftungsverbund
Vielfalt im Aufbruch: Die RLS in Niedersachsen 28

Studienwerk
Promotionskolleg: Demokratie und Kapitalismus 29

Lesenswert
Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven 30
Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik 30
Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik 31
Die Partei hatte manchmal Recht ... 31



IMPRESSUM

**RosaLux**
Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erscheint vierteljährlich

**Herausgeberin**
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

**Redaktion**
Erwin Heil, Peter Ostholt (V.i.S.d.P.), Dorit Riethmüller, Marion Schütrumpf

**Redaktionsschluss**
15. Mai 2009

**Satz & Layout**
Heike Schmelter

**Gesamtherstellung**
MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung

**Auflage**
5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff

**Bestellung**
Karin Malingriaux
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
malingriaux@rosalux.de

**Titelfoto**
Das Band von Pflastersteinen markiert den ehemaligen Verlauf der Berliner Mauer
zettberlin/Photocase

**Nicht gekennzeichnete Fotos**
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, Mai 2009
ISSN 1864-6794

# Liebe Leserin, lieber Leser!

In diesem Heft stellen wir das »Geschichtsjahr 2009« in den Mittelpunkt. Dominierte in der geschichtspolitischen Arbeit des letzten Jahres das Thema »1968 und die Folgen«, so schlägt die Stiftung in diesem Jahr einen Bogen entlang der zentralen Jahrestage, von 1918/19 über 1939 und 1949 bis 1989/90.

»Zu viel Geschichte« könnte man kritisieren, vor allem angesichts der aktuellen Probleme unserer Gesellschaft. Wir teilen diese Meinung jedoch nicht. Geschichte prägt Deutungen der Gegenwart in erheblichem Maße, ist in den Feuilletons und im Fernsehen in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Die Aneignung unterschiedlicher linker Traditionslinien hat eine große Bedeutung für die differenzierte, durchaus auch kritische Selbstfindung einer pluralen Linken und gerade der jungen Partei DIE LINKE. In diesem Heft geht der Historiker Klaus Kinner (RLS Sachsen) diesen linken Traditionslinien in Bezug auf die Novemberrevolution von 1918/19 nach.

Ein anderer zentraler Bezugspunkt für die Linke in Deutschland ist die friedliche Revolution oder »Wende« von 1989. Aus dem Scheitern der SED-Herrschaft wurde die Einsicht gewonnen, dass Gleichheit und Freiheit, Sozialismus und Demokratie voneinander nicht zu trennende Werte und Ziele sind. Zwei Artikel in diesem Heft stehen exemplarisch für diesen Gedanken: Der Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmers kritisiert die »halbierten Menschenrechte« im Realsozialismus. Der Artikel ist eine Kurzfassung der Rede, die er zur Eröffnung unseres Brüsseler Büros im Dezember 2008 hielt. Norman Paech, Staatsrechtler und Bundestagsabgeordneter der LINKEN, beschäftigt sich mit den uneingelösten Versprechungen und Grenzen des Grundgesetzes. Er zeigt die andere Seite der halbierten Rechte: Der Verzicht auf die Durchsetzung sozialer Rechte zugunsten der Freiheit des Wirtschaftens.

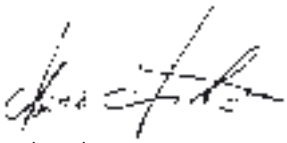
Unsere Schwerpunktsetzung versteht sich daher als geschichtspolitische Intervention. Sie begann mit der Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar als Auftakt für das Geschichtsjahr. Ihr folgte eine gemeinsame Tagung der Landesstiftungen Berlin und Sachsen zur Novemberrevolution. Im Februar schloss sich der Festakt zu 90 Jahren Weimarer Nationalversammlung an, dessen Form der szenischen Lesung einen deutlich anderen Akzent setzte (Wolfgang Bey: »Baggern im Nationaltheater«).

Geschichtsjahr 2009, das sind auch viele dezentrale Veranstaltungen, zum Beispiel der erfolgreiche Versuch der RLS NRW, über eine Lesung mit Christoph Hein auch einem westdeutschen Publikum DDR-Literatur und die »Wende« näher zu bringen. Den Abschluss bilden zwei Veranstaltungen unter Mitwirkung der RLS-Brandenburg und weiteren Parnern zu den 20. Jahrestagen zweier Ereignisse: Der Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 sowie dem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989.

2008 war ein Jahr starken Wachstums für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, eines der Felder war dabei die Schaffung von Regionalbüros, in denen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RLS die ehrenamtliche Arbeit der Landesstiftungen unterstützen, gerade in den westdeutschen Bundesländern. Die Arbeit der Landesstiftung Niedersachsen stellt unsere Regionalmitarbeiterin Bärbel Reißmann vor.

In diesem Jahr erweitert die RLS vor allem ihr internationales Engagement: Im März und April wurden in Tel Aviv und Hanoi das achte und neunte Auslandsbüro der Stiftung eröffnet, über die Arbeit der RLS in Israel berichtet Detlef Nakath. Am Beispiel Westafrika stellt in diesem Heft Arndt Hopfmann die konkrete internationale Projektarbeit der Stiftung vor. Dort eröffnet die Stiftung noch in diesem Jahr ein Büro, weitere werden folgen.

Natürlich lässt uns das Schwerpunktthema des letzten Heftes, die »Krise«, nicht los. Über die Konferenz »Linke Auswege aus der Krise« wird in diesem Heft berichtet, viele weitere Veranstaltungen fanden in den Bundesländern statt.



Heinz Vietze

Florian Weis

Heinz Vietze,
Vorsitzender des Vorstandes
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Florian Weis,
Geschäftsführer der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Tagung/Konferenz

# Die Konfiguration Europas

***Im Spannungsfeld sozialer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Verwerfungen***
***Europapolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt***
***6. Juni 2009, 10.30 bis 16.30 Uhr, einewelthaus, Schellingstr. 3–4, 39104 Magdeburg***

Die Europäische Union – der Wirtschaftsgigant auf tönernen außenpolitischen Füßen – ist spätestens seit der Ablehnung des mühsam ausgehandelten neuen EU-Vertrages durch die Iren, mit seinem Integrationsprojekt in eine Sackgasse geraten. Neben neuen Herausforderungen in Folge der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Fortbestehen gravierender wirtschafts- wie sozialpolitischer Verwerfungen, nehmen darüber hinaus auch die außenpolitischen Spannungen zu. Nach der von einem Teil der EU-Mitglieder und den USA forcierten staatlichen Selbständigkeit des Kosovo, treten mit der Stationierung eines NATO-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien und mit der umstrittenen perspektivischen NATO-Mitgliedschaft Georgiens auch die Gegensätze zwischen der EU, den nordamerikanischen NATO-Partnern und der Kontinentalmacht Russland immer deutlicher hervor. Am Beginn der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts scheint die EU mehr denn je von Krisen erschüttert, von widerstreitenden Interessen innenpolitisch zerrissen und außenpolitisch zwischen den USA und Russland eingekeilt – und wohin jetzt?

Es diskutieren:
- Prof. Dr. Rai Kollmorgen, EU-Prof., Universität Magdeburg: *Kapitalismus und Wohlfahrt in der EU: Konfliktlinien in der Entwicklung eines europäischen Sozialmodells nach der Osterweiterung,*
- Dr. Hannes Hofbauer, Publizist und Sachbuchautor, Wien: *Die EU ... das nette Imperium von nebenan und der Fall Kosovo,*
- Birgit Daiber, Leiterin des RLS-Büro, Brüssel: *Die EU (um)gestalten – die Linke und das Europa des 21. Jahrhunderts.*

*Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V., info@rosaluxsa.de,*
*Tel. 0391 25191475*
*Mehr Infos unter: http://www.rosalux.de/cms/?id=18877*

Diskussion/Vortrag

# »Politik und Wirtschaft kann man nicht trennen« – zur Aktualität eines Gemeinplatzes

***Reihe »Die Rückkehr des Staates? Politik, Staat und Gesellschaft nach der Finanzkrise«***
***10. Juni 2009, 18 Uhr, Uni Hamburg (ehem. HWP), Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg***

In den letzten Jahren wurde öfters gefordert, die Politik oder der Staat müsse jetzt endlich zurückkehren. Das war kritisch gemeint und wendete sich gegen eine neoliberale Strategie, die den Markt zum Maß aller Dinge machen wollte. Mit den massiven staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Sicherung des Bankensystems und zugunsten bestimmter Industriezweige und Unternehmen scheint dieser Forderung nun entsprochen zu werden. Es bedarf der Politik, wie nun auch die Neoliberalen in FAZ, SZ oder Financial Times zu sagen wissen. Aber ist es denn wirklich eine Rückkehr der Politik? War der Staat jemals weg? Was bedeutet diese Wiederkehr?

*»Die Rückkehr des Staates? Politik, Staat und Gesellschaft nach der Finanzkrise«* ist eine Vorlesungsreihe im Sommersemester 2009 am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. In der Reihe sollen aus wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive die Dimensionen der aktuellen Transformationsprozesse von Staatlichkeit analysiert werden. Gefragt werden soll aber auch nach den emanzipatorischen Anforderungen an staatliches Handeln, bei der Konstituierung eines an grundlegenden demokratischen und sozialen Rechten orientierten Gemeinwesens.

*Mit Prof. Dr. Alex Demirovic, TU Berlin*
*In Kooperation mit dem Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)*
*Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de,*
*Tel. 040 29882435*
*Weitere Termine der Reihe: 24.6., 1.7., 15.7.09*
*Mehr Infos unter: http://www.rosalux.de/cms/?id=18655*

# Das Prekariat zwischen Krise und Bewegung

*Eine Klassenfraktion im Werden?*
*19. Juni, 11 Uhr bis 20. Juni 2009, 20 Uhr*
*Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Seminarräume 1–3*

Prekarisierung ist längst kein Problem von Wenigen mehr. Immer mehr Menschen sind Formen der »Flexploitation« ausgesetzt, der flexiblen Ausbeutung im neoliberalen Kapitalismus. In der Krise sind selbst die fest angestellten Stammbelegschaften nicht mehr sicher. Prekäre Beschäftigung bildet, zugespitzt formuliert, das neue Normalarbeitsverhältnis. Aber es regt sich Widerstand. Allerdings kämpft »das Prekariat« zumeist noch segmentiert in berufliche, ethnische, geschlechtliche oder politische Gruppen. Für die Gewinnung von Handlungsfähigkeit ist daher eine Verallgemeinerung von Interessen nötig und das Überwinden organisatorischer Schranken. Es deutet sich auch ein neuer Zyklus radikalisierter Arbeitskämpfe und Streiks an, der eine Reorientierung der Gewerkschaftsidentitäten insgesamt berührt.

*Mit Loic Wacquant, Frances Fox Piven, David Harvey, Ingrid Artus, Bernd Röttger, Hae Lin Choi, Erwin Riedmann, Stephanie Hürtgen, Peter Birke, Bridget Anderson, Henrik Lebuhn u.v.m.*
*Kontakt: Mario Candeias, candeias@rosalux.de, Tel. 030 44310-179*
*Mehr Infos unter: http://www.rosalux.de/cms/?id=19007*

Diskussion/Vortrag

# Israel nach den Wahlen – eine Bilanz nach den ersten 100 Tagen

*Konsequenzen der Regierungsbildung und Herausforderungen für die israelische Linke, Reihe »Politik Aktuell«*
*25. Juni 2009, 18 Uhr, Jüdisches Museum Berlin, Auditorium, Lindenstr. 9–14, 10969 Berlin*

Es diskutieren:
Angelika Timm, Leiterin des RLS-Auslandsbüros in Tel Aviv: *Zur aktuellen Situation in Israel, Ergebnisse und Konsequenzen der Knessetwahlen bzw. Regierungsbildung*
Dov Khenin, Politikwissenschaftler und Anwalt, Mitglied des ZK der KPI, Knessetabgeordneter der sozialistischen Chadasch-Liste und Vorsitzender der Bewegung »A City for All«: *Facing the Extreme Right Wing Government – Challenges and Possibilities for the Israeli Left*
Florian Weis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS: Moderation

*Kontakt: Anne Steckner, steckner@rosalux.de, Tel. 030 44310-163*
*Mehr Infos unter: http://www.rosalux.de/cms/?id=18982*

Foto: Wolfgang Staudt/Flickr

## »Schloss – Palast der Republik – Humboldtforum«

*Mitte Spreeinsel Berlin – ein Ort historischer Brüche*

**4.7.–2.8.2009, täglich 12–19 Uhr**
**Bauakademie, Französische Straße/Schinkelplatz, 10117 Berlin**
An kaum einem anderen Ort haben sich die Schwierigkeiten bei der gemeinsamen Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte und bei der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft seit 1990 so anschaulich ablesen lassen wie auf der Mitte der Berliner Spreeinsel. Die Frage, ob der seit 1976 eröffnete Palast der Republik nach der Asbestsanierung wiedereröffnet und baulich ergänzt werden soll, ob das 1950 als Kriegsruine abgetragene Schloss der Hohenzollern wiederaufgebaut werden soll, oder aber, ob es eine Lösung jenseits von Schloss und Palast geben solle, diese Frage hat einen fast zwanzigjährigen Streit provoziert. Mit den Entscheidungen des Bundestages von 2002 und 2003 zum Abriss des Palastes und zur Errichtung des Humboldt-Forums in der Gestalt des Schlosses und der Entscheidung für den Entwurf von Franco Stella 2008 ist diese Frage entschieden.
Die von dem bekannten Berliner Architekturhistoriker Bruno Flierl im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitete Ausstellung beschreibt kritisch die Geschichte von Schloss und Palast bzw. der Zukunft des Ortes als Humboldt-Forum und der gesellschaftspolitischen Debatte seit 1990.
Zur Ausstellung erscheint das gleichnamige Buch des Autors im Karl Dietz Verlag Berlin. Für den Schulgebrauch kann bei der RLS eine Ausstellungsmappe im Format A3 bestellt werden (Kontakt: domaschke@rosalux.de).

**Ausstellungseröffnung: 3.7.2009, 17 Uhr**
Mit Heinz Vietze, MdL, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Prof. Dr. Klaus Brake, Technische Universität Berlin, Center for Metropolitain Studies
Nähere Infos unter: http://www.rosalux.de/cms/?id=19084

Linke Auswege aus der Krise: Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 20. und 21. März 2009

Henning Heine

# An der Kreuzung der Krisen

*Internationale Konferenz im Bundestag zu sozialen und ökonomischen Perspektiven nach dem Crash*

Die Linke sei zwar stark in Kapitalismuskritik, habe jedoch keine überzeugenden Lösungsvorschläge, so ein beliebtes Medienstereotyp seit Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Das internationale Symposium von Rosa-Luxemburg-Stiftung und Bundestagsfraktion DIE LINKE im März bewies das Gegenteil: Renommierte Sozialwissenschaftler, Repräsentanten sozialer Bewegungen, Parteivertreter und Gewerkschafter waren zu der zweitägigen Konferenz »Linke Auswege aus der Krise« gekommen. Zu den Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops fanden sich am 20. und 21. März jeweils rund 250 Gäste im Bundestag ein – deutlich mehr als von den Veranstaltern erwartet.

Nicht die Krise sei eine schlechte Nachricht, sondern die Aussicht, dass der Kapitalismus so weitermache wie bisher, sagte der Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS, Michael Brie, in seinem Eröffnungsstatement. Er rief an der »historischen Stätte« Bundestag das Versagen der deutschen Linken in den großen früheren Krisenzeiten von 1914 und nach 1929 in Erinnerung. Brie sprach sich für die Verstaatlichung des Bankensektors aus, zudem forderte er ein ökologisches Umsteuern. Statt eine »Abwrackprämie« zu zahlen solle der Staat lieber für einen kostenlosen Nahverkehr sorgen.

Die Politologin Susan George begriff die gegenwärtige Situation des Kapitalismus als einen Kreuzungspunkt von Krisen. Für die Verwaltungsratschefin des Amsterdamer Transnational Institutes und attac-Mitbegründerin zählen dazu die soziale Krise wachsender Ungleichheit, die Nahrungsmittelkrise in den Schwellen- und Entwicklungsländern, die Finanzkrise und die Klimakrise als gefährlichste gegenwärtige Krisenform. Für durchgreifende Veränderungen könne nur die »Linke der Linken« sorgen – alle Kräfte links der »Sozialliberalen«, seien sie bereits organisiert oder noch nicht.

Hart ins Gericht ging der Träger des alternativen Nobelpreises, Walden Bello, mit der weltweiten Sozialdemokratie, von ihm kurz »WSD« genannt. Sie werde nach dem Desaster des Neoliberalismus dem strauchelnden Kapitalismus die nötige Stabilität und Legitimation verleihen, wie der philippinische Soziologieprofessor an den Beispielen des »Super-Keynesianers« Barack Obama und Großbritanniens Premierminister Gordon Brown verdeutlichte. Die Linke müsse dagegen halten: »Die WSD steht für Technokratie, die Linke für partizipative Demokratie bis hinein in die Betriebe.«

Die künftige Rolle des Sozialstaates stand im Mittelpunkt der Vorträge des Linken-Fraktionschefs Gregor Gysi, seines Vizes Wolfgang Neskovic und der stellvertretenden Verdi-Vorsitzenden Margret Mönig-Raane. Über stärkere Mitbestimmung und strengere Bankenregulierung debattierten DGB-Chefökonom Dierk Hirschel, FTD-Kolumnist Lucas Zeise, Jörg Huffschmid (Euromemo) und der Politologe Stephen Gill von der York University Toronto. Am zweiten Konferenztag wurden Themen wie Alternative Globalisierung, Wirtschaftsdemokratie und Sozialstaat in mehreren Workshops vertieft. Die Konferenz ist online dokumentiert: http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18318

*Henning Heine ist Volkswirt und Projektmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

Anna Striethorst

# Wo liegt Europa?

## *Das Wechselspiel von Identität und Grenzen: Ein Thema der RLS-Konferenz »Für ein soziales Europa« (21. März in Düsseldorf)*

Die Grenzen Europas und die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Identität – beides wird meist getrennt gedacht und debattiert, bedingt sich aber gegenseitig: Dass die Türkei bislang nicht zur EU gehört, ermöglicht es Konservativen, die Gemeinschaft als christlichen Staatenverbund zu definieren. Diese Definition wiederum erleichtert es, die Türkei als nicht beitrittstauglich zu erklären und Muslime als »uneuropäisch« auszugrenzen.

Fragen nach Definition und Identität Europas sind innerhalb der Linken so umstritten, dass sie weitgehend dem rechten Lager überlassen werden. So gilt es als größte Errungenschaft Europas, dass Nationalismus und Imperialismus überwunden wurden, und nach Ansicht vieler Linken soll keinesfalls eine europäische Identität an deren Stelle treten. Ein weiterer Grund, sich mit diesem Thema nicht zu beschäftigen, ist die verbreitete Annahme, dass Politik ausschließlich auf Interessen und Interessengegensätzen beruht. Identität erscheint aus diesem Blickwinkel als Mythos ohne politische Relevanz.

Dass Identität dennoch Auswirkungen auf den Lebensalltag vieler Menschen hat, offenbaren die Debatten um die Erweiterung der EU, um die europäischen Außengrenzen und den gesellschaftlichen Umgang mit MigrantInnen. So wird die scheinbar akademische Frage nach der Definition Europas, nach Identität und Grenzen, denn auch zu einer Machtfrage mit ganz konkreten politischen Folgen. Wer definiert, was Europa ausmacht, definiert europäische Politik. Wer definiert, wo Europa liegt, definiert auch, wo es endet. Und er definiert, wer Europäer/in sein darf. Die Deutungshoheit über »Europa« denen zu überlassen, die dabei lediglich an Karl den Großen und die deutsch-französische Freundschaft denken, ist deshalb fahrlässig.

Frieder Otto Wolf, Professor für Praktische Philosophie an der FU Berlin, erläuterte in seinem Konferenzbeitrag, dass Menschen als handelnde Subjekte einer Identität bedürfen. Dies befähige sie, politische Anliegen zu formulieren. Trotz der Entwicklung der EG als »Elitenprojekt« müssen sich die EuropäerInnen heute fragen, in welchem Europa sie leben und wie sie sich konstituieren wollen – als Union der Völker oder als ein Volk. Hinweise auf das Entstehen einer Völkerunion oder auf die Simulation eines europäischen Volkes sieht Wolf in den Wahlen zum Europaparlament, in zivilgesellschaftlichen Kämpfen und in Netzwerken wie dem Europäischen Sozialforum. Die Entwicklung einer europäischen Identität kann dabei nicht unabhängig von der EU erfolgen; ein Europa ohne die EU ist heute nicht mehr denkbar.

Mit den Grenzen Europas beschäftigte sich Martin Brand, ifa-Kulturmanager beim Bund der deutschen Minderheit in Gdańsk. Die heutigen Grenzen der EU werden durch eine Konvention bestimmt, die vor allem auf wirtschaftliche Strategien und »kulturelle Nähe« abhebt. Die darauf basierende Abschirmung der 26 EU-Mitgliedstaaten vom Rest des europäischen Kontinents hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebenssituation der Menschen auf beiden Seiten der Grenze. So ist die EU-Außengrenze in Osteuropa ein Hindernis im Grenzverkehr zwischen Regionen, die historisch zusammengehören. Für Flüchtlinge in Nordafrika stellt sie sich als nahezu unüberwindbar dar. Selbst innerhalb der Union gibt es Grenzen und Hierarchien zwischen den Staaten, so zum Beispiel in der unterschiedlichen Handhabung der Freizügigkeit europäischer ArbeitnehmerInnen.

Zu den europäischen »imperialen Räumen« (Wolf), in denen die EU ihre Interessen mit dem Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik durchsetzt, gehören die Mittelmeerregion, die Schwarzmeeranrainer und der Kaukasus. Brand erläuterte, dass sich Europa in diesen Regionen sehr wohl begrenzt, soweit es um demokratische Teilhabe oder die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Unbegrenzt erscheint hingegen das Ziel der EU, markt- und wettbewerbszentrierte Gesellschaften zu schaffen und die Regeln des europäischen Binnenmarkts auszudehnen. Die EU begreift ihre Nachbarschaft durchaus als legitimes Einflussgebiet, und sie übt erheblichen Druck auf die betroffenen Staaten aus, ihre Sozialsysteme umzustellen und unter dem Label »Good Governance« einen schlanken Staat zu schaffen.

In der Debatte um Identität und Grenzen stellen sich zwei Fragen: Wenn politisches Handeln ohne ein »Wir« nicht möglich ist, wie kann dann dieses »Wir« gestaltet werden, ohne sich über Ausgrenzung zu definieren? Und, zweitens, wo liegen aus linker Perspektive die Grenzen der EU und an welchen Kriterien macht sich eine Mitgliedsperspektive fest? Die Fragen zeigen, dass die Finalitätsdebatte der Gemeinschaft unlösbar mit der Frage nach Identität(en) verknüpft ist. In der anschließenden Diskussion wurde eines klar: Über Europas Grenzen und seine Identität darf innerhalb einer kleinen Elite, sondern nur in einem offenen Diskurs aller EuropäerInnen entschieden werden.

*Anna Striethorst ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im RLS-Büro Brüssel.*
*Dokumentation und Tagungsbeiträge: www.nrw-europakonferenz.rosalux.de*

Florian Weis bei der Eröffnung des RLS-Büros in Tel Aviv

# »Es geht nicht darum, den Kapitalismus zu retten«

## *Gespräch mit Geschäftsführer Florian Weis über die Situation der Stiftung*

Florian Weis hat zum Jahreswechsel die Geschäftsführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung übernommen. Der 41 Jahre alte Historiker war zuvor unter anderem für die Koordination des Stiftungsverbundes West in der der RLS zuständig.

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise stagniert DIE LINKE in den Umfragen. Woran liegt es?

**Florian Weis:** Historisch betrachtet sind Zeiten wirtschaftlicher Krisen nicht automatisch Hochzeiten für die politische Linke. Und es kann ja auch nicht unser Interesse sein, »von der Krise profitieren« zu wollen, im Sinne einer Verelendungstheorie. Erst einmal lässt sich feststellen, dass DIE LINKE seit 2005 aus der Opposition heraus eine erhebliche Wirkung auf die politische Debatte in Deutschland ausgeübt hat. Der Neoliberalismus hat seitdem tatsächlich seine dominierende Rolle eingebüßt, zumindest ansatzweise. Gegenwärtig werden durch die Krise die meisten kapitalismuskritischen Positionen der Linken praktisch bestätigt – und gleichzeitig schlagen andere Parteien, zumindest verbal, ebenfalls solche Töne an. Das macht es für DIE LINKE nicht einfacher. Sie kann darauf verweisen, früher als andere »Recht gehabt zu haben«, aber in der öffentlichen Debatte nutzt das nur begrenzt. Übrigens: So schlecht sind die Umfragewerte von gegenwärtig gut 10 Prozent auch gar nicht. 2005 wurden 8,7 Prozent noch zu Recht als großer Erfolg gefeiert.

Trotzdem: Auch der außerparlamentarische Protest blieb bisher weit hinter den eigenen Erwartungen zurück, siehe die Demonstrationen in Frankfurt und Berlin, oder auch beim G8-Gipfel in Straßburg.

**Florian Weis:** Das dürfte in erster Linie daran liegen, dass die Krise, wie häufig formuliert wird, »bei den Menschen noch nicht angekommen ist«. Abwrackprämie, Konjunkturprogramme, Kurzarbeitergeld – unabhängig davon, wie diese Maßnahmen unter linken und ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten sind, sie mildern zumindest kurzfristig die sozialen Auswirkungen der Rezession und verzögern so die Wahrnehmung der Krise. Ein weiteres Problem ist der Mangel an konkreten gesellschaftlichen Alternativprojekten: DIE LINKE und die Linken sind stark, wenn es um die Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse geht, weniger überzeugend gelingt es aber zu vermitteln, in welchen Schritten ein neoliberaler Kapitalismus abgelöst werden kann. Die Stiftung als Einrichtung für politische Bildungsarbeit und Analysetätigkeit kann dabei einen gewissen Beitrag leisten.

Fehlt nicht auch eine griffige Vermittlung des geforderten sozialökologischen Umbaus? Die Grünen machen es derzeit vor mit ihrem Vorschlag eines »Green New Deal«.

**Florian Weis:** In der Tat haben die Grünen einen interessanten, zumindest anschaulich formulierten, modern wirkenden Ansatz gefunden. Andererseits glaube ich nicht, dass punktuelle Korrekturen innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems ausreichen, um Krisen wie die derzeit erlebte, in Zukunft zu verhindern. Es kann nicht darum gehen, den Kapitalismus zu retten, sondern schlüssige gesellschaftliche Alternativen für einen schrittweisen Übergang aus dem Kapitalismus heraus anzubieten. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung muss es ein Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit sein, an solchen transformatorischen Alternativen verstärkt mitzuwirken. Das Themenfeld globale Wirtschafts- und Finanzkrise wird durch das Institut für Gesellschaftsanalyse und die Akademie für Politische Bildung intensiv bearbeitet, ebenso durch unsere Landesstiftungen und Auslandsbüros. Auch die Zukunftskommission der Stiftung wird

sich in diese Richtung qualitativ weiterentwickeln und als Rat für radikale Realpolitik verstärkt Transformationsperspektiven zum Status quo entwickeln. Wir prüfen derzeit, ob es uns gelingen kann, unter dem Stichwort »Solidarische Gesellschaft« einen tragfähigen Ansatz bzw. eine Klammer hierfür zu entwerfen.

Institut, Akademie, Rat – die Stiftung ist in den letzten vier Jahren auf die doppelte Größe angewachsen, mit vielen Regional- und Auslandbüros. Wird die Einrichtung langsam unübersichtlich?

**Florian Weis:** Bis Ende des Jahres werden wir mehr als 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Inland beschäftigen und 14 Auslandsbüros unterhalten. Eine wachsende Einrichtung läuft immer auch Gefahr, sich zu stark mit sich selbst zu beschäftigen. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen, die sich wohl in nahezu jeder Organisation oder Firma finden lassen. Wir bemühen uns aber, uns dieses Problems zumindest immer bewusst zu sein und gegenzusteuern. In der Stiftung wurde bereits vor einiger Zeit damit begonnen, Problemfelder klar zu benennen sowie Aufgaben und Strukturen präziser zu definieren. Die Umstrukturierung der ehemaligen Bereiche Politische Bildung, Politikanalyse und Ausland verleiht dem einen deutlichen Ausdruck.

Worin liegt die neue Qualität der Arbeit, jenseits von klingenden Bereichsbezeichnungen?

**Florian Weis:** Mit der Neugründung der Akademie für Politische Bildung wollten wir unsere Bildungsangebote stärker auf spezifische Zielgruppen zuschneiden, die Kommunalakademie oder die Weiterbildungen im Politikmanagement sind hierfür gute Beispiele. Das Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit – die personell größte Struktureinheit in der Stiftung – trägt eine große Verantwortung für die demokratisch-sozialistischen Bildungsangebote, für einen emanzipatorischen Beitrag in der Entwicklungszusammenarbeit und eine internationale linke Vernetzung. Unser Institut für Gesellschaftsanalyse hat inzwischen die Rolle eines Think Tanks der Linken für bestimmte Themenfelder übernommen – wobei ich mir bewusst bin, dass der Begriff und Ansatz nicht unumstritten sind. Hier ist es vor allem wichtig, die gesellschaftlichen Entwicklungen im Auge zu behalten, um auf der Basis fundierter Analysen eigene Konzepte zu entwickeln. Allerdings: Weder das Institut noch die RLS schreiben Parteiprogramme oder fertige Blaupausen für die Politik. Vielmehr bieten wir Raum für die Debatte verschiedener Ansätze.

Die »Westausdehnung« war das große Projekt der RLS in den vergangenen Jahren. Ist dieser Prozess jetzt abgeschlossen?

**Florian Weis:** Seit 2006 hat die Stiftung ihre Kapazität in den Bundesländern gezielt ausgebaut. Um regionalspezifische Angebote umsetzen zu können und auch um die ständige Verbindung zu den Landesstiftungen und Rosa-Luxemburg-Clubs zu pflegen, unterhält die Stiftung mittlerweile 13 Regionalbüros. Den Aufbauprozess dieser Standorte vor allem in den alten Bundesländern zu betreuen und zu begleiten war meine Hauptaufgabe vor der Tätigkeit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Heute sind diese Strukturen weitestgehend etabliert und die Kolleginnen und Kollegen arbeiten vor Ort mit großem Einsatz sehr selbstständig, die »Bundesstiftung« wirkt unterstützend und koordinierend. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass wir in allen Bundesländern, im Westen aber noch stärker als im Osten, bisher nur mit einem geringen Ausmaß an Hauptamtlichkeit, vielfach nur einer oder einem teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter/in pro Land, vertreten sind.

Ehrenamtliche Arbeit war bisher eine große Stärke der RLS. Verliert sie an Bedeutung angesichts eines wachsenden hauptamtlichen Apparats?

**Florian Weis:** Ganz entschieden nicht! Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verdankt ihr Entstehen und ihre Entwicklung einem starken ehrenamtlichen Engagement. Dies gilt sowohl für die RLS bis 1999, also vor dem Beginn der Förderung durch die Bundesministerien, als auch für die heutige Arbeit. Nach wie vor engagieren sich viele Aktive gerade in den Landesstiftungen und Rosa-Luxemburg-Clubs, in den 17 Gesprächskreisen der Stiftung und vielen weiteren Funktionen und Gremien, nicht zuletzt im Vorstand und im neu gebildeten wissenschaftlichen Beirat. Nach wie vor wäre es für unsere Einrichtung nicht denkbar, unsere Bildungsangebote ohne ehrenamtliche Arbeit zu realisieren. Dafür versuchen wir, die ehrenamtlichen Strukturen in Entscheidungsprozesse einzubinden und ihnen über transparente Planungsverfahren die stetige Mitwirkung zu ermöglichen. Der Länderrat der RLS wurde in diesem Sinne als Satzungsorgan der RLS aufgewertet, der Informationsfluss an die Mitglieder soll schrittweise verbessert werden. Ähnlich wie für die Ehrenämtler stärken wir auch die Einbindung von Stipendiat/innen und Vertrauensdozent/innen.

Der Umbau dürfte nach all diesen Veränderungen erst einmal abgeschlossen sein. Welchen Herausforderungen muss sich diese neue Struktur stellen?

**Florian Weis:** Wir hoffen tatsächlich, dass der große strukturelle Umbau beendet ist. Solche Prozesse bedeuten natürlich immer auch Unruhe, binden Kraft und Flexibilität einer Einrichtung. Bei einem guten Abschneiden der LINKEN bei der Bundestagswahl 2009 ist allerdings durchaus ein weiterer Wachstumsschub möglich. Dabei muss allerdings Qualität vor Quantität kommen. Wir führen ja jetzt beispielsweise schon über 2.000 Veranstaltungen jährlich durch, das genügt der Menge nach erst einmal. Verbesserungsbedarf besteht vor allem in einer stärkeren Verknüpfung einzelner Themengebiete und Arbeitsfelder und im Zusammenbringen von internationaler und inländischer Arbeit. Die Herausforderung für die nächsten Jahre besteht darin, eine rasant gewachsene Einrichtung, die im Umfeld einer wirklich neuen und anderen Partei agiert, einerseits zu konsolidieren, und andererseits behutsam so zu verändern, dass sie sich auf wechselnde gesellschaftliche Anforderungen mit ihren Mitteln produktiv einlassen kann.

*Die Fragen stellte Peter Ostholt, Redaktion RosaLux.*

Klaus Kinner

# Eine andere Welt war möglich!

## Die Linke und die deutsche Revolution von 1918/19

Beginn der Novemberrevolution: Soldatenrat auf dem Linienschiff »Prinzregent Luitpold«, November 1918

Der unter der Bezeichnung Novemberrevolution in die Geschichte eingegangenen Deutschen Revolution von 1918/19 haftete bald das Attribut »ungeliebte« Revolution an. Die verschiedenen Gruppierungen der Linken haderten aus unterschiedlichen Gründen mit ihrem Verlauf. Für die schwarz-braune Reaktion war sie die Inkarnation ihres Hassbildes vom Dolchstoss der Heimatfront in den Rücken der siegreich kämpfenden Truppe. War die Sicht auf die Novemberrevolution über viele Jahrzehnte Gegenstand heftigster politischer Auseinandersetzungen, so ist es seit dem »Epochenumbruch« 1989/90 merkwürdig ruhig um diese Revolution geworden.

Das hat Gründe, wie Reinhard Rürup schon vor fünf Jahren feststellte: »Wenn die DDR noch existieren würde, gäbe es in diesen Tagen zweifellos eine große Zahl festlicher Veranstaltungen, auch historischer Vorträge und Konferenzen, in denen des 85. Jahrestages der ›Novemberrevolution‹ gedacht würde. Für die SED-Führung war diese Revolution – in gebührendem Abstand von der russischen Oktoberrevolution – von zentraler historischer Bedeutung, vor allem natürlich wegen der Gründung der KPD an der Jahreswende 1918/1919.

Wenn die DDR noch existieren würde, wären die Jubiläumsveranstaltungen auch keineswegs auf das Staatsgebiet der DDR beschränkt. Auch in der alten Bundesrepublik würde der Revolution schon deshalb gedacht, weil man nicht bereit wäre, der SED-Führung ein Monopol auf die Darstellung und Interpretation der deutschen Geschichte zu überlassen – nicht vor den eigenen Bürgern und auch nicht von der internationalen Öffentlichkeit.

Nun besteht aber die DDR nicht mehr, und nicht zuletzt deshalb geht – in einer Zeit, in der historische Jubiläen nur so aus dem Hut gezaubert werden – selbst die Tatsache, dass Deutschland am 9. November 1918 zur Republik wurde, in der Routine des politischen Alltagsgeschäfts unter.«

Was Rürup nicht benennt, sind die tiefer liegenden Gründe für diese geschichtspolitische Abstinenz der veröffentlichten Meinung zur Novemberrevolution. In die große Erzählung von der Erfolgsgeschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, die abgesehen von einem eher folkloristischen Rückgriff auf 1848/49 eigentlich

Foto: Karl Dietz Verlag Berlin

erst 1945 beginnt und 1989/90 vollendet wird, passt die Novemberrevolution nicht hinein. Es wäre hier nämlich zu sagen, dass die erste parlamentarische Demokratie das Werk der revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen war, dass Richard Müller als Vorsitzender des Groß-Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte formal erstes Staatsoberhaupt der deutschen Republik war.

Frauenrecht, Achtstundenarbeitstag, Verbesserung der Sozial- und Altersversicherung waren Ergebnisse der Revolution, die gegen die bürgerlich konservativen Parteien erkämpft wurden. Die Sozialdemokratie, die sich mit der USPD ihres linken Flügels entledigt hatte, musste zur Jagd getragen werden und spielte besonders 1919 eine unrühmliche Rolle. Sie hat übrigens die Revolution nicht verraten, sondern gemäß ihrer originären Positionen gehandelt.

Die Weimarer Republik ist auch nicht gescheitert an den Schwächen und Fehlern der Novemberrevolution. Diese spielten eine Rolle, waren aber nicht ursächlich für das Scheitern.

Auch die Linke hatte Probleme im Umgang mit der Novemberrevolution. Das sich durchsetzende weltrevolutionäre Konzept begriff die Novemberrevolution als Schaltstelle für die Weiterführung der Weltrevolution im Gefolge der Russischen Revolution. Das Scheitern dieser Option wurde auf die Sicht der Revolution insgesamt übertragen. Hinzu kam im Selbstverständnis der KPD besonders nach 1923 die Auffassung, dass die Unreife der Massen, die im Fehlen einer Avantgardepartei ihren deutlichsten Ausdruck fand, eine siegreiche proletarische Revolution verhinderte. Nur wenige Köpfe in der KPD erfassten, dass 1919/20 eine revolutionäre Situation zu Ende gegangen war und die Partei sich auf eine revolutionäre Politik in einer nichtrevolutionären Zeit einstellen musste. Zu ihnen gehörte vor allem Paul Levi. Die KPD vermochte es nicht, die Ergebnisse der Novemberrevolution positiv aufzunehmen. Das Scheitern der weiterreichenden Ziele verstellte den Blick auf das Erreichte. Auch die mit der Rätebewegung entstandenen neuartigen basisdemokratischen Entwicklungen wurden unzureichend erfasst.

Die Linke steht heute nach dem Epochenumbruch 1989/90 in einem völlig veränderten Bezugsrahmen zur Novemberrevolution. Nach dem späten endgültigen Scheitern der Russischen Revolution von 1917 tritt die Novemberrevolution aus deren Schatten. Als weltgeschichtlich einziger Revolution in einem hoch entwickelten Industriestaat kommt ihr in komparativer Sicht auf die Revolutionsgeschichte nicht nur des 20. Jahrhunderts ein bedeutender Platz zu.

Hinzu kommt ein zweiter wichtiger Aspekt: Die viel diskutierte Frage nach dem Charakter der Novemberrevolution – gescheiterte proletarische Revolution oder unvollendete bürgerliche Revolution – stellt sich heute anders. Die von der Reaktion bis in die Sozialdemokratie hinein beschworene bolschewistische Gefahr bestand 1918/19 nicht. Was jedoch historisch möglich war, war mehr Demokratie, war die Erweiterung der politischen Demokratie hin zu einer sozialen Demokratie. Dies hätte der Demokratie der Weimarer Republik eine Basis verschaffen können, mit der sie resistenter gegen die schwarzbraunen Gegner geworden wäre. Die Rätebewegung war die politische und Organisationsform, die diese Demokratie hätte möglich machen können.

In summa: Die deutsche Revolution von 1918/19 war eine große Revolution. Sie war die Geburtsstunde der deutschen parlamentarischen Demokratie als Staatsform. Sie wurde zur »ungeliebten« Revolution, weil die bürgerlichen Parteien wie auch die Sozialdemokratie allen Anlass hatten und haben, ihre Rolle vergessen zu machen. Die Linke hat dagegen allen Anlass, sich des Erbes dieser Revolution umfassender bewusst zu werden. Sie steht heute mehr denn je in der Tradition nicht nur des Spartakusbundes und der KPD, sondern auch der USPD und der revolutionären Obleute. Diesem Erbe wird sie gerecht in der untrennbaren Verbindung von Sozialismus und Demokratie, in einer sozialistischen Realpolitik, die im Luxemburgischen Sinne alle Möglichkeiten einer Politik für die werktätigen Massen ausschöpft, die, wie die revolutionären Obleute, ihr Ohr an den Werktätigen in den Betrieben hat.

Weder »revolutionäre Gymnastik«, die von den Obleuten (teilweise berechtigt) dem Spartakusbund vorgeworfen wurde, noch ein Versacken in den »Sachzwängen« über denen das Ziel der Systemveränderung verloren geht, sind das Erbe von 1918/19. Rosa Luxemburgs Wort über die Russische Revolution, die das Problem des Sozialismus aufgeworfen habe, dessen Lösung aber nur weltweit möglich sei, legt die Überlegung nahe, dass nicht zuerst in Russland sondern eher in einem hoch entwickelten Industriestaat wie Deutschland eine andere Welt möglich war.

*Prof. Dr. Klaus Kinner ist Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.*

Wolfgang Bey

# Bagger im Nationaltheater

*Wie man aus einem Festakt drei macht*

Zur Auffassung eines Mitarbeiters der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gegenüber der »Süddeutschen Zeitung« geäußert, Geschichte sei nicht als Steinbruch zu betrachten, aus dem sich jeder das gerade für ihn Passende heraussuchen könne, ist in der Online-Ausgabe der »Süddeutschen« der bemerkenswerte Satz zu finden: So wie es aussieht, hat die Linke allerdings für den Steinbruch Nationalversammlung jetzt mal den ganz großen Bagger herausgeholt.

Worum ging es? Die Idee, eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 90. Jahrestages des Beginns der Verfassungsdiskussion in Weimar, an der historischen Stätte Deutsches Nationaltheater Weimar, zu realisieren, entstand in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, insbesondere vorangetrieben von Lukrezia Jochimsen, MdB. Es gab Versuche, eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages im Deutschen Nationaltheater durchzuführen. Es gab die Idee, eine gemeinsame Beratung des Rechtsausschusses und des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages im Deutschen Nationaltheater zu realisieren. Es gab Bemühungen, eine gemeinsame Veranstaltung der parteinahen Stiftungen in der Nähe der im Deutschen Bundestagtag vertretenen Parteien auf den Weg zu bringen. Alle diese Bemühungen hatten letztlich keinen Erfolg.

So wurde dann als gemeinsames Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag und der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag der »Festakt zur Geburtsstunde unserer Demokratie« auf den Weg gebracht. Aus den Protokollen der Beratungen der Weimarer Nationalversammlung wurden Textpassagen ausgewählt und zu einem Drehbuch verarbeitet. Den Auftrag dazu hatte der Dramaturg und Regisseur Franz Sodann. Unstrittig war, dass der Festakt am authentischen Ort, im Deutschen Nationaltheater Weimar, stattfinden musste. Aus dem konservativen und sozialdemokratischen politischen Raum gab es Widerstände, der RLS das Nationaltheater für den Festakt zur Verfügung zu stellen. Der Generalintendant des Deutschen Nationaltheaters Weimar Stephan Märkli sorgte aber dafür, dass die RLS den historischen Ort für den Festakt nutzen konnte.

Wie geschildert, kam eine partei- oder stiftungsübergreifende gemeinsame Veranstaltung am 6. Februar 2009 in Weimar nicht zustande. So wurde dieser Tag in Weimar zu einem »Mammut-Gedenktag« mit drei Veranstaltungen im Deutschen Nationaltheater:

- der Festveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier,
- dem Festakt der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
- dem Festakt der Stadt Weimar und des Thüringer Landtag mit einem Vortrag des Zeithistorikers Hans Mommsen.

Außerdem gab es die Eröffnung der großen Sonderausstellung »Weimar 1919 – Chancen einer Republik« im Weimarer Stadtmuseum.

Zurück zum Festakt der RLS: Von der ersten Minute an bis zum Ende nach zwei Stunden war die Veranstaltung spannend und humorvoll zugleich. Dies verdankte sie einer hervorragenden Dramaturgie, einer guten Auswahl und Zuordnung von teilnehmenden Akteuren und Akteurinnen und nicht zuletzt dem authentischen Ort des Gesche-

Uwe Steimle führte durch das Programm

Luise Zietz: Katja Kipping

Lore Agnes: Luc Jochimsen

hens. Gekommen waren zu diesem Spannung versprechenden Ereignis weit mehr Menschen, als das Nationaltheater fassen konnte. Leider fanden einige aus Platzgründen keinen Eintritt. Hier hatten die Veranstalter ihr eigenes Programm unterschätzt.

Eingeleitet durch einen Film, der auf die Ereignisse von 1919 einstimmte, übernahm als erster Leser Gregor Gysi den Part des damaligen Volksbeauftragten Friedrich Ebert. Und in diesem Stil ging es weiter, wobei die Veranstalter, insbesondere Regisseur Franz Sodann, ein gutes Händchen bei der Auswahl der jeweiligen Vortragenden bewiesen. Katja Kipping las einen Beitrag der Abgeordneten Luise Zietz, und Pröbstin Elfriede Begrich einen Brief von Rosa Luxemburg. Den Publizisten Michel Friedman als ›Vater der Weimarer Verfassung‹, Hugo Preuß, zu erleben, das hatte schon seinen ganz eigenen Reiz. Uwe Steimle führte souverän durch die Lesung. Peter Sodann hatte die dankbare Aufgabe, Gedichte und Textstücke zu lesen, die die strenge Dokumentation ergänzten.

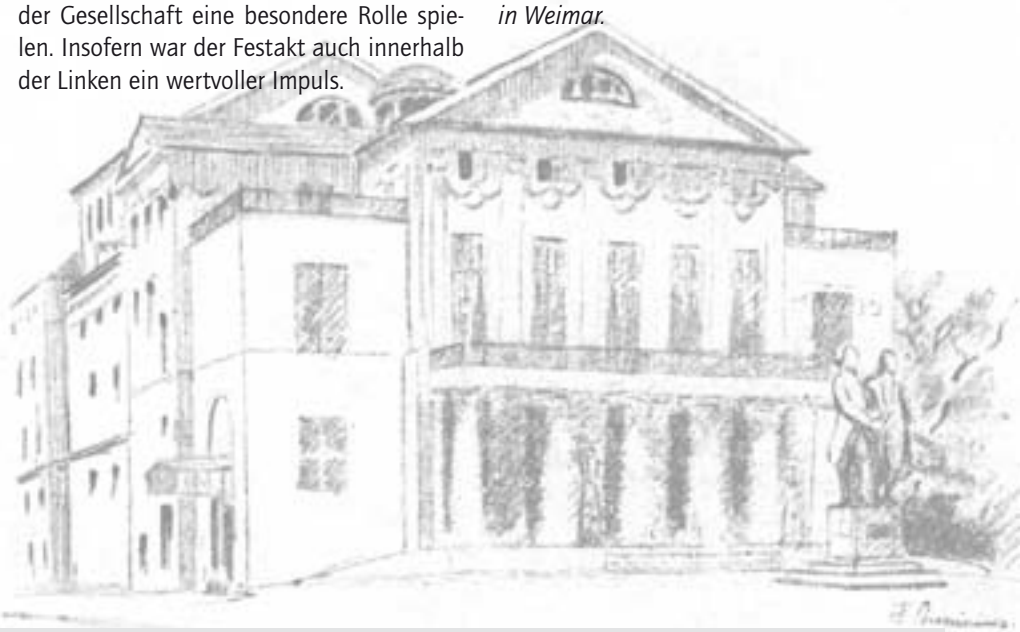
Zwei Stunden lang wurde die Geburtsstunde unserer Demokratie, die Weimarer Nationalversammlung, lebendig und erfahrbar. Einer Demokratie, die in den Kinderschuhen steckte, die scheiterte und erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland einen Neuanfang nehmen konnte. Und selbst die Demokratie wird sich verändern und anpassen müssen, wie sich die Welt verändert und die Lebensverhältnisse in ihr, wenn diese Demokratie nicht zur hohlen Floskel erstarren soll.

Unter den Aktivitäten des Tages in Weimar hat der Festakt eindeutig die größte Aufmerksamkeit erlangt. Zum Festakt selbst und im Nachgang dazu war ein außerordentliches Medieninteresse zu verzeichnen: überregionale und lokale Zeitungen, verschiedene Fernsehstationen und Radiosender, Live-Übertragung bei Phoenix.... Die Stimmen in den Medien sind sehr differenziert, größtenteils aber sachlich und aufgeschlossen. Die Diskussion, der sich die RLS und die Linke insgesamt stellen muss, ist die Frage der Haltung zur Demokratie. Diese Frage wird in der künftigen geistigen Auseinandersetzung in der Gesellschaft eine besondere Rolle spielen. Insofern war der Festakt auch innerhalb der Linken ein wertvoller Impuls.

Vorbereitet wird gerade die Produktion einer DVD mit der Aufzeichnung des Festaktes und eines Lesematerials (Dokumentation des Textbuches und des Medienechos). Diese Materialien können bei der RLS angefordert werden.

Also, Bagger, weder große noch kleine, waren im Deutschen Nationaltheater an diesem 6. Februar 2009 nicht zu sichten. Wenn schon von Berufsgruppen die Rede ist: Uhrmacher, Juweliere und Feinmechaniker sollen schon gesehen worden sein.

*Dr. Wolfgang Bey ist Referent im Büro der Geschäftsführung der RLS und Projektverantwortlicher der Stiftung für den Festakt in Weimar.*



Rosa Luxemburg: Pröpstin Elfriede Begrich

Friedrich Ebert: Gregor Gysi

Hugo Preuß : Michel Friedman

Lothar Schröter

# Vor siebzig Jahren: Mit dem Überfall auf Polen beginnt der 2. Weltkrieg

*11. Friedens- und Militärpolitisches Symposium in Potsdam*

2009 ist das Jahr der deutschen Geschichtsjubiläen, im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit steht dabei die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989. Die medial produzierte Euphorie, die tatsächlich mit freudigen Erinnerungen vieler zusammenfällt, verdeckt einen Jahrestag, über den alle Deutschen immer wieder ernsten Anlass zum Nachdenken haben – und der auch noch seine tiefe Beziehung zum »Mauerfall« besitzt.

Am 1. September 2009 jährt sich zum 70. Mal der Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen und damit der Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die Überlebenden wie alle Zeitgenossen dieser unvergleichlichen Tragödie in der Geschichte der Menschheit hatten sich geschworen, dass es nie wieder zu einer derartigen Katastrophe kommen dürfe. Die Deutschen in Ost und West – die einfachen Menschen wie die Eliten und Regierungen – vertraten im Kalten Krieg die Maxime, dass von deutschem Boden niemals mehr Krieg, sondern nur noch Frieden ausgehen dürfe. Die Wirklichkeit zeigt aber, dass Krieg und Gewalt nicht aus dem Leben der Völker verbannt wurden, gerade auch nicht nach dem Ende der West-Ost-Konfrontation.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg hat deshalb ihr 11. Friedens- und Militärpolitisches Symposium dieser Thematik gewidmet. Es fand am 27. März 2009 in Potsdam statt, Titel der Veranstaltung: »Der 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges und die besondere Verantwortung Deutschlands für die Erhaltung des Friedens.«

Mit Richard Lakowski, Kurt Pätzold, Werner Röhr gelang es den Veranstaltern, renommierte Wissenschaftler zu gewinnen. Sie referierten zu operativen Probleme der Entfesselung des Krieges sowie über die Vorgeschichte des Überfalls auf Polen und zeitgenössische Beobachtungen von Stimmungen, Meinungen und Erwartungen in der deutschen Bevölkerung am Beginn des Krieges. Am Nachmittag des Symposiums sprach Manfred Messerschmidt (Freiburg im Breisgau), den man wohl als einen der

Nestoren der westdeutschen Militärgeschichtswissenschaft bezeichnen kann. Er referierte zum Thema »Über das Denken auf den Krieg hin« und ging den geistigen Wurzeln nach, die schließlich in den Vernichtungs-, Rassen- und totalen Krieg mündete, wobei er den Bogen bis tief in die deutsche Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts spannte.

Vom Institut für Militärgeschichte Moskau traten zwei Wissenschaftler auf, die das Verhältnis zwischen der UdSSR und Deutschland von den 20er Jahren bis zum Juni 1941 beleuchteten, eingeschlossen bestimmte Arten der Kooperation auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Sensible Fragen, z. B. im Kontext mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom August 1939, sparten sie nicht aus.

Im Nachgang des Symposiums ist – wie schon bei den letzten Symposien – die Veröffentlichung eines Protokollbandes geplant. Er wird auch den vorbereiteten Beitrag von Jürgen Angelow enthalten, der sich mit dem Anteil der deutschen Diplomatie bei der Vorbereitung des Angriffs auf Polen befasst.

*Dr. Lothar Schröter ist Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.*

**Jüngst erschienene Publikationen in der Reihe »Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik« der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg**

Lothar Schröter (Hrsg.)
**Nukleare Weiterverbreitung oder Kernwaffenabrüstung? Iran, Irael und Nordkorea – Die Zukunft des Nonproliferationsvertrages**
Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik 10
Schkeuditzer Buchverlag 2008
94 Seiten, 9 Euro
Mit Beiträgen von Sebastian Harnisch, Oliver Meier, Fritz Sayatz und Lothar Schröter

Lothar Schröter (Hrsg.)
**USA – Supermacht oder Koloss auf tönernen Füßen**
Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik 11
Schkeuditzer Buchverlag 2009
130 Seiten, 10 Euro
Mit Beiträgen von Claus Montag, Gerd Portugall, Peter Rudolf, Malcolm Sylvers, Frank Unger und Jürgen Wagner

**Zu beziehen über**
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg
Dortustr. 53, 14467 Potsdam
Tel. 0331 8170432
Fax 0331 8170433
info@bbg-rls.de
www.bbg-rls.de

Norman Paech

# 60 Jahre Grundgesetz

## *Uneingelöste und aufgelöste Verfassungsversprechen*

In diesem Jahr wird das Grundgesetz 60 Jahre alt. Jung für eine Verfassung, die einer Gesellschaft dauerhaft einen festen Rahmen geben soll; alt für ein Regelwerk, das zunächst nur als Provisorium gedacht war. Das aktuelle Jubiläum gibt besonderen Anlass zum Nachdenken über das Grundgesetz, denn die momentane Wirtschaftskrise, der Umgang mit dem Phänomen des Terrorismus, die schwierige Gestaltung von Vielfalt in einer sich weiter diversifizierenden Gesellschaft zeigen Grundfragen der politischen Gestaltung einer Gesellschaft im Spiegel ihrer rechtlichen Grundordnung auf. Der Artikel möchte einige wenige Grundfragen des Grundgesetzes hervorheben, für die es seit 60 Jahren Antworten jenseits des politischen und verfassungsrechtlichen Mainstreams bereit hält.

### Wirtschaftsordnung

Die derzeitige Diskussion um geeignete staatliche Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise bringt ein Thema auf, dass aus Sicht des GG nicht neu ist, nämlich die Eigentumsordnung und die Möglichkeit der Verstaatlichung. Es ist nicht verwunderlich, dass dieser Aspekt des GG angesichts der dominanten marktliberalen Wirtschaftsordnung bislang ein Schattendasein führte.

Dabei verfügt das Grundgesetz über eine Reihe von Vorschriften, die von großer Aktualität sind. So wird in Artikel 14 nicht nur das Eigentum gewährleistet, sondern sein Gebrauch auch an das Wohl der Allgemeinheit gebunden (Abs. 2) und eine Enteignung zum Wohl dieser Allgemeinheit gegen Entschädigung für zulässig erklärt (Abs. 3). Art. 15 GG sieht die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln ausdrücklich vor. Und schließlich ist in Art. 74 Ziff. 16 GG die Zuständigkeit des Gesetzgebers zur »Verhütung des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht« geregelt. Zu erinnern ist daran, dass bei Schaffung des GG die Sozialisierung und Gedanken der Gemeinwirtschaft noch in allen politischen Lagern salonfähig waren. Mehrere Landesverfassungen enthalten Bestimmungen über Sozialisierung und staatliche Verantwortung für bestimmte Wirtschaftszweige. So verlangt die Verfassung des Freistaates Bayern unter anderem nach wie vor, dass dem Staat die Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft obliegt und dass das Eigentum an Energieversorgern in der Regel dem Staat zusteht (Art. 152 und 160).

1974 schrieb Jürgen Seifert in seinem Artikel »Eigentum und Demokratie«: »Das Grundgesetz ist zwar eine Verfassung, die als solche Ausdruck kapitalistischer Produktionsweise ist; das Grundgesetz enthält jedoch

Foto: Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Norman Paech ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

keine Festlegung auf die kapitalistische Produktionsweise. Auch die das Eigentum betreffenden Artikel des Grundgesetzes schließen eine soziale Umwälzung nicht aus. Das hat die sozialdemokratische Partei bei den Beratungen des Grundgesetzes durchgesetzt.«[1]

Und in der Frühphase der Bundesrepublik hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) entschieden, dass das Grundgesetz wirtschaftspolitisch neutral sei. In der grundlegenden Investitionshilfeentscheidung von 1954 (BVerfGE 4, 7 (17) führt das Gericht aus: »Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes besteht lediglich darin, dass sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden hat. Das ermöglicht dem Gesetzgeber, die ihm jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern er dabei das Grundgesetz beachtet. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche.«

Dass diese Verfassungsposition seit langer Zeit keine Beachtung mehr findet, lässt sich nur mit der herrschenden marktliberalen Doktrin erklären und damit, dass gesellschaftsverändernde Praxis in der Bundesrepublik kaum noch zu finden ist, was Seifert schon 1974 festgestellt hat. Umso wichtiger ist es zu betonen, dass Enteignung und Entschädigung zwar an der Höhe der Entschädigung der EigentümerInnen scheitern können, nicht aber an der Verfassung.

## Gleichheit

In Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes steht: »Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.« Die Gleichstellung von Frauen existiert demnach nicht nur als politische Forderung, sondern auch als rechtliche Vorgabe, wobei der Staat bei der Realisierung in die Pflicht genommen wird.

Der Weg in die Realität erweist sich allerdings als lang und steinig. In den 1950er Jahren war es beispielsweise Frauen noch verwehrt, ein eigenes Konto zu führen, Ehemänner konnten das Arbeitsverhältnis ihrer Frauen eigenmächtig kündigen und Vätern oblag das Letztentscheidungsrecht in allen Eheangelegenheiten und bei der Erziehung der Kinder.

Ohne Zweifel hat sich die Situation von Frauen innerhalb der letzten 60 Jahre verbessert. Allerdings lässt eine echte Gleichstellung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, also die Realisierung von Chancengleichheit und Gleichbehandlung noch auf sich warten. Weiterhin ist die gesellschaftliche Ungleichheit in Deutschland sozial und arbeitsteilig ausdifferenziert und Frauen werden diskriminiert, sogar mit Unterstützung des Rechts. So ist das Einkommenssteuer- und Sozialversicherungssystem am Familienmodell mit Ernährer im Vollzeit-Normalarbeitsverhältnis und Hausfrau und Zuverdienerin ausgerichtet. Aufgrund des eklatanten Mangels an angemessenen Kinderbetreuungsangeboten sind Familie und Beruf für Eltern immer noch schwer zu vereinen. Fast immer sind es die Frauen, die ihre Erwerbsarbeit für die Kinder unterbrechen, was sich negativ auf die Karrieremöglichkeiten und auf die Rentenansprüche von Frauen auswirkt. Die Renten für Männer sind im Durchschnitt doppelt so hoch wie die von Frauen. Das liegt auch daran, dass Frauen rund ein Viertel weniger als Männer verdienen, immer wieder für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt werden, wesentlich stärker mit unsicherer Beschäftigung konfrontiert und länger erwerbslos sind.

Ebenfalls für MigrantInnen und Menschen mit Behinderung gilt ein grundgesetzlich verankertes Gleichstellungsgebot, welches das Handeln des Staates bestimmen und das einfache Recht prägen soll.[2]

Im Alltag erfahren Menschen mit Behinderung unzählige Benachteiligungen und

Foto: picture-alliance/dpa

1949: Der Parlamentarische Rat beschließt das Grundgesetz

# Die neue Formel beim Asylrecht: Schutz vor Flüchtlingen anstelle von Flüchtlingsschutz

Foto: Andreas Herzau/laif

Asylbewerber in Abschiebehaft

werden in ihrer Selbstbestimmung und -entfaltung bis heute offenkundig behindert: Die Barrierefreiheit in öffentlichen Räumen und Gebäuden ist nicht annähernd flächendeckend realisiert, eine umfassende Integration von Kindern mit Behinderung in Allgemeinbildende Schulen fehlt, wollen Menschen mit Behinderung Hotelunterkünfte anmieten, wird ihnen das nicht selten verwehrt, in Betrieben des ersten Arbeitsmarkts finden sie keine Anstellung. Viele weitere Beispiele ließen sich anfügen.

Die Situation für Menschen mit Migrationshintergrund sieht nicht viel besser aus. Auch sie haben tagtäglich in allen gesellschaftlichen Bereichen mit Diskriminierung und Andersbehandlung zu kämpfen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, in der Schule und bei der Ausbildung.

Auch hier erweist sich also die reale Lebenssituation als widerständig und zwischen Verfassungsrecht und der tatsächlichen Gleichbehandlung und Chancengleichheit klafft eine große Lücke. Rechte haben und Recht bekommen ist zweierlei. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz von 2006[3] steht für den großen Handlungsbedarf, den es hier gab und weiterhin gibt. Es stellt für die genannten gesellschaftlichen Gruppen einen großen Fortschritt dar, da es das Benachteiligungsverbot zu einem einklagbaren Anspruch gemacht hat. Die Vorgaben des GG standen dem Erlass solcher Antidiskriminierungsnormen niemals entgegen, sondern haben ihn – insbesondere mit Blick auf die staatliche Verpflichtung aus Art. 3 Abs. 2 GG – sogar gefordert. Dennoch haben erst zwingende europarechtliche Vorschriften diesen gesetzgeberisch notwendigen Schritt in Deutschland – sehr spät – befördert.

## Asylrecht

Millionen JüdInnen, KommunistInnen, Homosexuelle, Sinti und Roma wurden im nationalsozialistischen Deutschland verfolgt und ermordet. Viele derer, die vor ihren MörderInnen in ein anderes Land flüchten wollten, wurden an den Grenzen zurückgewiesen, als Wirtschaftsflüchtlinge klassifiziert und ihren VerfolgerInnen übergeben. Die meisten von ihnen, überwiegend deutsche JüdInnen, wurden in Konzentrationslager gebracht und ermordet.

Angesichts dieser schrecklichen Vergangenheit wurde im Grundgesetz festgeschrieben: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« (Artikel 16 GG). Damit räumte das Grundgesetz dem staatlichen Schutz des Flüchtlings Verfassungsrang ein. Er erhielt einen individual-rechtlichen Anspruch auf Asyl, den es so weder in anderen Staaten noch im Völkerrecht gab.

Dieser vorbehaltslos einklagbare Rechtsanspruch auf Asylgewährung wurde 44 Jahre später durch eine Änderung des Grundgesetzes mit den Stimmen von CDU, CSU, SPD und FDP zum 01. Juli 1993 faktisch beseitigt.

Der ursprünglich vorherrschende Gedanke der Schutzgewährung für Verfolgte wurde mit der Begründung demontiert, man müsse die Zuwanderung begrenzen und den »Missbrauch des Asylrechts« stoppen, um den inneren Frieden der Bundesrepublik aufrecht zu erhalten.

Der neu eingefügte Artikel 16 a enthält nun Zusatzklauseln, die den Flüchtlingsschutz nahezu vollständig aushebeln: Die sog. Drittstaatenregelung, das Konzept der sicheren Herkunftsländer sowie das Flughafenverfahren – alles Konzepte, die heute zum Kern der gemeinsamen Asylpolitik der EU gehören.

Aufgrund der geografischen Lage Deutschlands stellt die Drittstaatenregelung die größte Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl dar. Flüchtlinge verlieren durch sie pauschal jeden Anspruch auf Asyl, wenn sie aus einem Staat der EU oder aus einem Land einreisen, in dem die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sichergestellt ist. [4]

Damit erhielt eine neue Formel beim Asylrecht Verfassungsrang: Schutz vor Flüchtlingen anstelle von Flüchtlingsschutz.

Die Änderung hat dazu geführt, dass trotz weltweit steigender Flüchtlingszahlen die Antragszahlen vom Höchststand 1992 mit über 400.000 Anträgen auf 28.000 in 2008 gesunken sind. Spätestens im Windschatten des »Antiterrorkampfes« wurden Flüchtlinge endgültig als »ordnungsrechtliche Gefahr« stigmatisiert und damit ein EU-weites Abschottungssystem legitimiert. Eine Folge dieser Politik ist, dass tagtäglich Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrinken oder in Containern ersticken, mittlerweile mehrere Tausende.

Die Änderung des Artikels 16 steht für ein aufgelöstes Verfassungsversprechen, an welches die herrschenden Parteien nicht mehr gebunden sein wollten. Der Konsens reichte bis in das Bundesverfassungsgericht, welches mit seiner Entscheidung vom 14. Mai 1996 diese Änderungen für verfassungsgemäß erklärte. So trennten sich alle von einer historischen Erblast, für die man bei Verfassungsgründung Verantwortung übernehmen wollte.

### Recht und Politik

Verfassungsfragen sind Machtfragen und das Verfassungsrecht ist immer ein Produkt der Verfassungspolitik. Insofern wird die Wirklichkeit des Rechts und seine Normativität nicht durch den Text des Rechts bestimmt, sondern durch seine Anwendung durch alle, die mit diesem Recht umgehen. Sie sind dafür verantwortlich, dass die erkämpften Rechte in der gesellschaftlichen Realität eingelöst und nicht vergessen oder gar von ihren Gegnern liquidiert werden.

1 Jürgen Seifert, Eigentum und Demokratie, in: J. S., Kampf um Verfassungspositionen, Frankfurt 1974, , S. 66 ff., 81.

2 In Art. 3 Abs 3 heißt es: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.« Das Benachteiligungsverbot für behinderte Menschen wurde erst 1994 in das Grundgesetz aufgenommen.

3 Umgangssprachlich wird es als Antidiskriminierungsgesetz (AGG) bezeichnet.

4 Im Asylverfahrensgesetz (§ 26a AsylVfG) wird zur Drittstaatenregelung ausgeführt:
»Ein Ausländer, der aus einem sicheren Drittstaat einreist, kann sich nicht mehr auf das Grundrecht auf Asyl berufen. Ihm ist bereits an der Grenze durch die Grenzbehörden die Einreise zu verweigern, ohne dass er ins Asylverfahren aufgenommen wird.« Nach Auffassung der UN-Organisation für Flüchtlinge (UNHCR) verlangt Artikel 33 GFK (»Refoulement-Verbot«) hingegen eine Einzelfallprüfung.

# Im Mittelpunkt steht der Mensch

*Friedrich Schorlemmer: Rede zur Eröffnung des Rosa-Luxemburg-Büros in Brüssel 10. Dezember 2008*

Ich freue mich, an diesem denkwürdigen Tag hier zu sein und 60 Jahre nach Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hier sprechen zu können. Ich werde über die Allgemeinen Menschenrechte und die Europäische Linke sprechen. Dabei muss man an die Vergangenheit erinnern und beschreiben, an welchem Punkt der Erkenntnis wir als linke Demokraten gegenwärtig stehen. Meine Ausführungen widme ich Anna Politkowskaja und all jenen Menschen, die für das freie Wort etwas, auch sich selbst, riskieren.

### Die LINKE und die Menschenrechte

Es ist ein langer, schmerzhafter, ein von innen und außen umstrittener Weg, der zu folgenden präzis formulierten, gut durchdachten, höchst anspruchsvollen programmatischen Sätzen der LINKEN zum Thema Menschenrechte geführt hat, und leider erst nach dem Scheitern des sowjetisch geprägten Sozialismusmodells möglich wurde: »Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.«[1] Und im Chemnitzer Programm ist zu lesen: «Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst

und gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.«[2]

Solche Sätze kommen historisch nicht unschuldig daher. Die Skepsis der politischen Gegner resultiert aus (bitteren) Erfahrungen. Leidtragende und Hinterbliebene von Menschenrechtsverletzungen früherer kommunistischer Systeme reiben sich die Augen. Sie empfinden eine solche Wandlung als zynisch oder unglaubwürdig. Manche meiner Freunde verstehen nicht, dass ich zu den Linken gehe. Dabei hat die neue LINKE bzw. die PDS die massiven Menschenrechtsverletzungen nicht relativiert, sondern sich vielfältig und differenziert dazu verhalten; sei es zu politischen Verfolgungen, zur Mauer, zu Ideologisierung und Zensur, zur Staatssicherheit, zu den vielfältigen Einschränkungen von Freiheitsrechten oder zum Umgang mit Religionen, Kirchen und Gläubigen. So beteuerte sie im Mai 2007: »Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.«

Das in sich fragile neoliberale kapitalistische Weltsystem braucht gerade jetzt eine starke, die Menschen überzeugende, linke, demokratische, eine national wie international einigungswilligere und einigungsfähigere Linke. Freiheit und Gerechtigkeit in Solidarität, individuelle und soziale Menschenrechte, bleiben die Eckpunkte für jegliches politisches Handeln. Aber die Würde des Menschen wird angetastet, weltweit, täglich und vielfältig. Es ist Zeit, sich mit aller Kraft, aller Einsicht, mit aller Hoffnung gegen alle Aussichtslosigkeit für die Einhaltung von Menschenrechten national und international einzusetzen, als einzelne, als unabhängige Gruppen, als Länder mit ihren Regierungen und ihrer Opposition.
[...]

Friedrich Schorlemmer bei der Eröffnung des RLS-Büros in Brüssel

## Eine politische Reliquie

Ich habe eine politische Reliquie, die ich gut verwahre. Es ist ein kleines Büchlein, das ich immer in Handreichweite hielt, eine internationale Berufungsinstanz für das, was ich in dem Land, in dem ich lebte, für politisch richtig und notwendig hielt und was ich zu machen versuchte. Als ich 22 Jahre alt war, 1966, wurde dieses kleine Büchlein »Die UNO. Kleines Nachschlagewerk« im Dietz-Verlag gedruckt. Wer weiß, was die sozialistischen Staaten für »Buchreligionen« waren, weiß: Was gedruckt wurde, war entweder gültig oder gefährlich; manchmal war auch das Gültige gefährlich. In dem Buch findet man auf Seite 166 ff. die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 als Resolution 217/III mit 48 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen annahm.

Gleich in der Präambel wird klar, wie es zu dieser Erklärung kam, nämlich aufgrund der Missachtung der Menschenrechte, die zu Akten der Barbarei geführt und das Gewissen der Menschheit tief verletzt hatte. Offenbar muss der Mensch vor dem Menschen geschützt werden. Es sollte eine Welt geschaffen werden, in der Menschen frei von Furcht und Not sind und Rede- und Glaubensfreiheit genießen. Es scheint wesentlich zu sein, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen.

Laut Präambel braucht es den Glauben »an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person«, einen Glauben, der sich nicht mehr auf eine höchste übermenschliche Autorität bezieht und auch nicht mehr auf eine hohe menschliche Autorität, wie etwa die im Vatikan, im Kreml oder im Weißen Haus. Es braucht einen Glauben im Sinne einer Sehnsuchtskraft, einer Orientierungsmacht, die als ein dem Menschen innewohnendes Gesetz wirkt und als Boje in den Stürmen der Zeit »tief verankert« ist. Diese Orientierungsmacht kann aber jederzeit ausreißen: Nichts kann uns sicher machen, dass das, was in Deutschland zwischen 1933 und 1945 passierte, sich nicht wiederholt. Deshalb bedarf es der Wachsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten.

In der Präambel werden zunächst die Grundrechte des Menschen, die sich aus seiner Würde herleiten, aufgezählt. Immer im Blick ist dabei die zurückliegende Barbarei, ehe in Artikel 22 das Recht des Menschen auf

soziale Sicherheit, in Artikel 23 das Recht auf Arbeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, befriedigende Entlohnung, soziale Fürsorge und Schulbildung benannt werden. Interessant: Der Mindestlohn ist hier schon festgeschrieben!

## Im Mittelpunkt steht der (einzelne) Mensch

In der Verfassung der DDR stand: »Im Mittelpunkt steht der Mensch«, der Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen. Wir lebten in einem so wunderbaren Staat, der uns auf wunderbare Weise bewahrte und gleichzeitig streng bewachte, einem Staat, der mit seinen Organen den im Kollektiv eingebundenen und aufgehobenen Menschen nie aus dem Blick ließ.

Reiner Kunze schrieb darüber 1969 ein Gedicht. Diese einfachen Zeilen hatten, genauso wie die Lieder von Barbara Thalheim, eine befreiende Wirkung in einem Land, in dem man solche Zeilen und Lieder nicht erwartete. Der Text von Reiner Kunze heißt »Ethik«: »im mittelpunkt/steht/der mensch/nicht/der einzelne«.

Im Mittelpunkt (der Menschenrechtserklärung) steht der einzelne Mensch – kein Abstraktum, Produzent oder Konsument, kein Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse, schon gar nicht der Mensch als Teil eines Kollektivs, einer Klasse, einer Kirche, einer Rasse, einer Nation, wo das Kollektivgebilde alles und der Einzelne nichts ist, oder nur noch ein Rädchen, Spielball, Salz, Dünger oder Nachbeter. Bei den Menschenrechten geht es immer um den einzelnen Menschen, seine prinzipielle, allem vorausgehende Gleichwertigkeit, seine gleiche Würde, sein gleicher Anspruch auf Leben, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Religion, Herkunft, Begabung, Besitz oder Stellung. Der Arme ist ganz Mensch, ebenso wie der Alte, die Kranke und das Kind. In diesem Sinne geht die Gleichheit nicht nur der Freiheit voraus, sondern ist Bedingung für die Freiheit. Gleichheit nicht im Sinne von Gleichheit aller Leute. Wir sind Ungleiche und doch gleich Gewürdigte, und daraus ergibt sich ein Recht auf Entfaltung. So bleiben universelle und universale Menschenrechte im Sinne von »gleiches Lebensrecht für alle« eine Utopie, eine motivierende, universelle, alles umfassende Utopie.

Die Proklamation universeller Geltung enthält ein Problem: Wer verbürgt sich für diese Menschenrechte, wie werden sie in positives, einklagbares Recht umgesetzt, wie werden sie gesichert, und wie wird schließlich verhindert, dass sie durch unterschiedliche Bewertung zum Kampfplatz werden?
[...]

## Menschenrechte in der Zeit der Entspannungspolitik

Es wäre falsch, wenn man in Abrede stellte, welche besonderen Anstrengungen die sozialistischen Länder (insbesondere in der Nach-Stalin-Ära) gemacht haben: Dass alle eine bezahlbare Wohnung und Arbeit bekommen, dass alle an Bildung, Kultur und Sozialeinrichtungen teilhaben, dass die Herrschaft von Menschen über Menschen im Sinne der Reichtumsverteilung von unten nach oben abgeschafft wird, dass die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel im Wesentlichen in gesellschaftlicher (praktisch aber in staatlicher) Hand liegt, dass Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern ohne alle Rassenschranken oberstes Prinzip wird.

Diese Prinzipien waren ideologisch und propagandistisch besetzt, und die Liste der Einschränkungen ist nicht nur lang, sondern auch schmerzhaft. Wie willkürlich wurden politische Prozesse angezettelt und geführt, wie menschenverachtend war der Strafvollzug, wie entwürdigend die Zensur, wie eingeschränkt die Freiheit des Denkens, der Versammlung, der Vereinigung, des Redens, Schreibens, Druckens und Sprechens. Wie wenig Entfaltungsraum hatte der Einzelne und wie stark war die innerparteiliche Opposition gegen die Vorgaben einer Partei, deren Repräsentanten nicht gerade als das geistige Zentrum der Nation gelten konnten, schon gar nicht das gerontokratische Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die Menschenrechte waren nicht mehr aus der Welt zu bringen und wurden während der Verhandlungen zur Entspannungspolitik zum Zankapfel schlechthin. Bereits im deutsch-deutschen »Grundlagenvertrag« vom 21. Dezember 1972 wird im Artikel 2 darauf verwiesen, dass die beiden deutschen Staaten »sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.«[3]

In einem einzigen Artikel ist das ganze Problem, das bis zum Zusammenbruch des Sowjetblocks im Vordergrund stand, enthalten, nämlich das Nebeneinander der Souveränität, die Achtung der Unabhängigkeit, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen (was als »Selbstbestimmungsrecht« definierte wurde) und die grenzüberschreitende Geltung unveräußerlicher Menschenrechte. Man argumentierte, die kommunistische (Partei-) Herrschaft falle unter das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Der Kampf um die Menschenrechte setzte sich in jahrelangen zähen KSZE-Verhandlungen fort und führte 1975 zur »Schlussakte von Helsinki«. Der Westen gewann besonders dadurch bei den Völkern des sogenannten Warschauer Vertrages an Anziehungskraft, weil er sich für die Einhaltung der Menschenrechte stark machte. Die Sowjetunion hatte, ebenso wie die DDR, die »Schlussakte von Helsinki« einschließlich »Korb III« unterschrieben.[4] Man sah sich durch das Prinzip der Nichteinmischung abgesichert, unterschätzte aber den starken Freiheitswillen der Bürger in den sozialistischen Ländern, der nun publik wurde durch die intellektuellen Zirkel in Budapest, Moskau, Warschau, Prag und Berlin, durch die sich formierende Arbeiterbewegung in Polen, durch die »Charta 77« in der Tschechoslowakei und durch die unabhängige Friedens- und Menschenrechtsbewegung in der DDR. Die innere Delegitimierung der Staaten des Ostblocks er-

folgte nicht zuletzt durch die Verweigerung von Menschenrechten, insbesondere des politischen Selbstbestimmungsrechts, einschließlich aller bürgerlichen Freiheiten, zu denen der freie Zugang zu anderen Ländern und Informationen gehörte.

Eine Reflexion der heutigen Situation: Offenbar schätzen Menschen die Demokratie mehr, je länger sie ihnen vorenthalten wird und je unerträglicher Reglementierungen werden. In der Freiheit kommt bald Gleichgültigkeit und Beliebigkeit auf, und Demokratie wird von der Mehrheit in dem Maße bejaht, wie sie Wohlstand ermöglicht. So fällt die Entscheidung zwischen Freiheit und Brot fast immer zugunsten des Brotes aus, egal, wie es beschafft wurde.

Um zu wissen, in welch innerlich marodem Zustand die DDR seinerzeit bereits war, muss man sich die Verschärfung des Strafgesetzbuches von 1979 und die darin enthaltenen Sanktionen ins Gedächtnis rufen, insbesondere die Paragrafen über sogenannte landesverräterische Nachrichtenübermittlung[5] Nach diesen konnten sogar das Verbreiten von Nachrichten, die nicht der Geheimhaltung unterlagen, aber zum Nachteil von DDR-Interessen waren, mit zwei bis zwölf Jahren Strafe belegt werden. Der Paragraf zu »Staatsfeindlicher Hetze« (§106) drohte ein bis acht Jahre Haft für das Herstellen, Einführen, Verbreiten oder Anbringen von »Schriften, Gegenständen oder Symbolen zur Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Repräsentanten oder anderen Bürgern« an. Es sind zudem Paragrafen über »Zusammenrottung« (§217), »Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele« (§218), »Ungesetzliche Verbindungsaufnahme« (§219) und »Öffentliche Herabwürdigung« (§220) zu nennen. Politischer Willkürjustiz war hier Tor und Tür geöffnet. Das Strafgesetzbuch liest sich wie ein Horrorkatalog, gerade wenn man sich außerdem in Erinnerung ruft, wie die Haftbedingungen von (politischen) Häftlingen aussahen, wie sie psychisch gequält wurden. Viele von ihnen haben Langzeitschäden. Es seien schließlich die sogenannten Zersetzungsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Personen und Gruppen genannt, die Mielke ein halbes Jahr nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki erließ. Wer das in Erinnerung behält, ist froh, dieses System hinter sich zu haben. Jeden Tag bin auch ich darüber froh, ohne mir zu verschweigen, vor welchen Herkulesaufgaben wir heute stehen, Aufgaben, die einer starken demokratischen Linken so sehr bedürfen.

Das sozialistische Weltsystem, das sich als Alternative zum Kapitalismus etabliert hatte und zeitweise in einer Beinahe-Paritäts-Position zur westlichen Welt (im Wettkampf der Systeme) stand, ist nicht nur an seinen ökonomischen Problemen zugrunde gegangen, weil man versuchte, die Gesetze des Marktes einfach außer Kraft zu setzen, statt den Markt zu gestalten und zu bändigen. Es scheiterte auch am weitgehenden Verzicht auf die andere Hälfte der Menschenrechte, jener unverzichtbaren Freiheitsrechte. Man betrog sich selbst des kreativen Potentials der eigenen Gesellschaften.

## Pathos für Menschenrechte

Es wäre allerdings demagogisch, den sozialistischen Ländern in toto und zu allen Zeiten vorzuwerfen, sie hätten alle Menschenrechte gänzlich außer Kraft gesetzt. Sie haben die Menschenrechte halbiert. Menschenrechte gelten nur ganz oder gar nicht. Es ist der Geist von Helsinki und es ist jene in den politischen Papierkorb geworfene großartige »Charta von Paris« (1990)[6], die eine selbstbewusste und von ihren Erinnerungen und Erfahrungen getragene linke Menschenrechtsbewegung weiter im Blick behalten sollte, durch bittere Erfahrungen und wundersame Entwicklungen zugleich belehrt und motiviert. Und es ist die Bedeutung des Geistes der »Charta 77« (1977), die noch heute alle Demokraten verbinden kann.

Wer für Menschenrechte kämpft, braucht solch ein Pathos, das sich freilich bei der politischen Verwirklichung immer wieder erdet, sowie man daraus ein einklagbares und durchsetzbares Recht zu formulieren versucht. Wer für Menschenrechte eintritt, braucht den Überschuss an Utopie, braucht ein Ideal, auf das er zugeht. Wege ergeben sich immer dann, wenn man sie geht.

Keiner (von uns) weiß, wo wir uns im kapitalistischen Weltsystem nach der Etablierung der Deregulierung, des Turbokapitalismus, des weltweiten Neoliberalismus wiederfinden. Der Kapitalismus befindet sich in einer schier unsteuerbaren Situation. Krisenzeiten sind immer Zeiten der Gefährdung von Menschenrechten. Alle spüren, dass wir uns auf einer schiefen Ebene befinden und noch nicht wissen, an welchem Punkt sie endet. Das schnelle Geld mündete in den schnellen Absturz. Die Gier wohnt allen inne und hat im Globalkapitalismus ein System gefunden, das sich als gigantisches Kartenhaus erweist, gegen die Armen und gegen reiche Länder, gegen einen friedlichen Interessenausgleich, gegen die Güter der Natur, gegen alle Einsicht im Blick auf die Klimakatastrophe, gegen die Gemeinsamkeit im Kampf gegen den Terrorismus und seine Ursachen. Wir brauchen wieder mehr Menschenrechtspathos in unseren Ländern und mehr UNO als Gemeinschaft der Völker auf der einen Erde. Mehr Demut. Auch Wut, die zu Mut wird. Trotz alledem.

*Gekürzte Fassung, Volltext unter: http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=19088*

1 Programm der Partei die LINKE. Parteitag Dortmund, März 2007.
2 Chemnitzer Programm der PDS. Parteitag Chemnitz, Oktober 2003.
3 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Ost-Berlin, 21. Dezember 1972.
4 Korb III: Grundsätze der Zusammenarbeit im humanitären und anderen Bereichen, Erleichterung von menschlichen Kontakten über die Blockgrenzen hinweg, Informationsaustausch (Teil der Schlussakte von Helsinki), Helsinki, 1. August 1975.
5 Vgl. Strafgesetzbuch der DDR in verschiedenen Fassungen, http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafgesetzbuch74.htm (2.3.2009).
6 Charta von Paris für ein neues Europa. Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Paris, 19.–21. November 1990.

Gerd-Rüdiger Stephan

# »Sozialismus in den Farben der DDR«

Foto: picture-alliance/dpa

Wendejahr 1989: Demonstration vor dem ZK-Gebäude

Seit 2002 verleiht die Rosa-Luxemburg-Stiftung einmal jährlich ihren Förderpreis an junge Nachwuchswissenschaftler, die insbesondere auf sozialwissenschaftlichem Gebiet erste herausragende Leistungen vollbracht haben. Der Preis besteht im Druck der entsprechenden Arbeit als Publikation. Bereits die erste Edition, Stefanie Holubas »An der Grenze des Marxismus – Arbeiten Paul Lafargues« erfuhr erfreulicherweise mehr als eine Auflage.

Anfang 2009 konnte nun die Studie »Am Ende des Forschritts« vorgelegt werden. Ihr Autor, Steffen Kludt, ist im brandenburgischen Wittenberge aufgewachsen. Er studierte an der Universität Potsdam Geschichte und Politische Bildung auf Lehramt.

Zwanzig Jahre nach den Ereignissen der »Wende« und des Zusammenbruchs der DDR liegt inzwischen eine nahezu unübersehbare Anzahl von Publikationen, Analysen, Biographien und Texten vor. Die Studie von Steffen Kludt folgt einer interessanten generationsgeschichtlichen Perspektive. Sie basiert auf der Auswertung authentischer Quellen (vor allem den Studien des Leipziger Instituts für Jugendforschung) und arbeitet eine ganze Reihe neuer Akzente heraus.

In seiner Schlussbetrachtung hebt der Autor hervor: Mit dem abrupten Machtverlust der vor dem Zweiten Weltkrieg sozialisierten »Alten Garde« (in der Führung der SED) im Herbst 1989 ging nicht nur eine politische Herrschaftsepoche zu Ende, mit dieser Generation verabschiedete sich auch die marxistisch-leninistische Gesellschaftskonzeption einer allmächtigen »Partei der Arbeiterklasse«.

Der real existierende Sozialismus »in den Farben der DDR« blieb eine generationsprägende Utopie. Als sich die DDR-Jugend 1989 von der »SED-Gerontokratie« abwandte und scharenweise in den Westen oder auf die Straße ging, war auch das antifaschistische Generationsprojekt des DDR-Sozialismus gescheitert. Der immer wieder postulierte historische Fortschrittsoptimismus der »Alten Garde« gehörte der Geschichte an. Die historische Dynamik der Generationenbildung hatte einen gesellschaftlichen Desintegrationsprozess vorangetrieben, an dessen Ende sich das »Modell DDR« gesellschaftlich delegitimiert hatte und auf die »Abwicklung« wartete.

Der sozialistische Staatsentwurf sowjetischer Prägung, der sich aus den generationsprägenden antifaschistischen »Lehren der Geschichte« ableitete, erwies sich gegenüber dem Konzept der »bürgerlichen Nation« als zu schwach. Diejenigen, die mit dem festen Glauben angetreten waren, auf der Seite der »Sieger der Geschichte« zu stehen, und sich berufen fühlten, ein besseres Leben, eine bessere Gesellschaft zu gestalten, hatten sich selbst in eine führende und unantastbare Rolle erhoben. Diese verzerrte am Ende ideologisch den prüfenden Blick auf den Dreiklang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und versperrte den Weg der Übergabe ihres Projektes an eine neue Generation.

Der real existierende Sozialismus sowjetischer Prägung war als antifaschistisches Generationsprojekt auf den Trümmern des Jahres 1945 entstanden und fand mit dem erzwungenen Abgang von der Macht der »Alten Garde« 1989 sein bitteres Ende. Wer darüber mehr wissen möchte, dem sei die Lektüre der vorliegenden Publikation wärmstens empfohlen.

*Gerd-Rüdiger Stephan ist Leiter des Büros Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

Steffen Kludt
**Am Ende des Fortschritts? »Sozialismus in den Farben der DDR«**
Eine generationsgeschichtliche Perspektive
Schkeuditzer Buchverlag 2009
168 Seiten, 18 Euro

# Veranstaltungen zum Geschichtsjahr 2009

25.5.2009, 18 Uhr
AWO Seniorenklub, Rudolf-Breitscheid-Str. 21, 16306 Woltersdorf
**DDR-Geschichte: Bilder und Zerrbilder**
Diskussion mit Prof. Dr. Siegfried Prokop, Bernau
RLS Brandenburg

25.5.2009, 20 Uhr
Uni, Kollegiengebäude I, Raum 1139, Platz der Universität 3, 79098 Freiburg
**Die SPD und die Konterrevolution 1918**
»Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs« und »Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere«.
Buchvorstellung mit Klaus Gietinger, Autor
Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Club Freiburg

26.5.2009, 19.30 Uhr
DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz, 50672 Köln
**60 Jahre Grundgesetz – der antifaschistische Auftrag**
Diskussion mit Prof. Georg Fülberth, Marburg
RLS Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit Linker Dialog Köln

Buchvorstellungsreihe
**Wehe dem Sieger!**
Daniela Dahn stellt ihr neues Buch vor: 28.5. in Ludwigslust, 16.6. in Wismar, 17.6. in Stralsund, 18.6.2009 in Greifswald
RLS Mecklenburg-Vorpommern
Mehr Infos: http://mv.rosalux.de

31.5.2009, 11 Uhr
Humboldt-Universität, Hauptgebäude, Raum 3075, Unter den Linden 6, 10117 Berlin
**»Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System«**
Zum historischen Platz des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS im Dezember 1989; Fernsehzitate über den Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS von Klaus Wendler
Konferenz mit Dr. Wolfram Adolphi, Potsdam; Prof. Dr. Dieter Klein, Prieros; Dr. Gero Neugebauer, Berlin
Moderation: Dr. Detlef Nakath, RLS Brandenburg, Potsdam
Gemeinsame Veranstaltung der RLS Brandenburg mit der RLS im Rahmen des Geschichtsforums der Bundeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur

6.6.2009, 14 Uhr
Brunnen, Neumarkt-Elberfeld, Wuppertal
**Zwischen Rätemacht und Weimarer Republik: Historische Stadtwanderung Wuppertal-Elberfeld**
Die Novemberrevolution in Elberfeld
Führung mit Reiner Rhefus
RLS Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit RLC Wuppertal

14.6.2009, 11 Uhr
Düsseldorf (genauen Treffpunkt bitte erfragen)
**Barrikaden in Düsseldorf – Stadtrundgang zu 1848/49**
Die revolutionären Ereignisse 1848/49
Führung mit Wulf Metzmacher, Geschichtswerkstatt
RLS Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit RLS Düsseldorf und Heinrich-Heine-Salon

14.6. und 3.10.2009, 12 Uhr
Großer Stern/Siegessäule, Haltestelle Hofjägerallee, Berlin
**Rundfahrten zu den Orten der Revolutionskämpfe 1918/20 in Berlin**
Exkursionsreihe zu den authentischen Orten der Novemberrevolution 1918
Dagmar Rubisch, RLS in Kooperation mit Bernd Langer
Teilnahmebeitrag: 10,– Euro

16.6.2009, 16 Uhr
Kulturhaus Altes Rathaus, Am Alten Markt, 14467 Potsdam
**Die Sicht der Vier Mächte auf die Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit**
Konferenz mit Dr. Elke Scherstjanoi, Berlin; Prof. Dr. Stefan Berger, Manchester; Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, Berlin; Prof. Dr. Jérôme Vaillant, Lille/Köln; Prof. Dr. Siegfried Prokop, Vorsitzender der RLS Brandenburg, Bernau
Moderation: Dr. Detlef Nakath
RLS Brandenburg

1.7.2009, 19 Uhr
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Regionalbüro Saarland/Peter Imandt Gesellschaft, Futterstraße 17–19, 66111 Saarbrücken
**50 Jahre: Der Tag X im Saarland**
Diskussion mit Jörg Roesler, Berlin
Peter Imandt Gesellschaft, RLS im Saarland

9.9. und 10.9.2009, 19 Uhr
VHS, Badstaven 20, 23966 Wismar und Rostocker Hof, Schweriner Str. 39, 19288 Ludwigslust
**Rückschau nach 20 Jahren: DDR-Geschichte heute**
Ein Historiker setzt sich mit Bildern und Zerrbildern auseinander
Diskussion mit Prof. Dr. Siegfried Prokop, Berlin
RLS Mecklenburg-Vorpommern

1.10.2009, 17 Uhr
Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin
**Vereint vereint? Das vereinte Deutschland im Widerstreit**
Konferenzreihe »Zwischen Anfang und Ende«
Konferenz mit Dr. Thomas Koch, Prof. Dr. Christa Luft, Prof. Dr. Georg Fülberth
Moderation: Dr. Stefan Bollinger
Gemeinsame Reihe von Helle Panke e.V. und RLS Brandenburg 2009
Telnahmebeitrag: 3,– Euro

3.11.2009, 17–22 Uhr
Umweltforum Berlin, Auferstehungskirche GmbH, Putendorfstraße 11, 10249 Berlin
**Der 4. November 1989**
Abschlussveranstaltung der Reihe »Geschichtsjahr 2009«
Diskussion mit VertreterInnen der DDR-Bürgerbewegung
Moderation: Alfred Eichhorn
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Mehr Infos: http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18388

Detlef Nakath

# Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnet Büro in Tel Aviv

»Neunzig Jahre nach ihrer Ermordung, und ausgerechnet jetzt, da die isralische Linke geschlagen und gedemütigt aus den Wahlen hervorgegangen ist, unternehmen Politiker und Intellektuelle beider Länder den Versuch, eine neue Dimension der ›Roten Rosa‹ zu erschließen.« So kommentierte die liberale israelische Tageszeitung Haaretz die gerade publizierte Neuausgabe der hebräischen Übersetzung der Briefe Rosa Luxemburgs. Dieses »ausgerechnet jetzt« ließe sich nach den dramatischen Verlusten der parlamentarischen Linken bei den Knesset-Wahlen im Februar nicht nur auf die von der RLS geförderte Luxemburg-Edition beziehen, sondern ebenso gut auf das gerade eröffnete Israel-Büro der Stiftung.

Kurz nach dessen Pendant in Ramallah weihte die RLS am 12. März ihr Büro in Tel Aviv mit einem Symposium zum Thema »Das Vermächtnis Rosa Luxemburgs für deutsche und israelische Linke« ein. Die mit mehr als 200 Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung widmete sich dem Leben und Wirken der jüdischen Revolutionärin und Internationalistin, ging den Spuren Rosa Luxemburgs in Israel und Palästina nach und beschäftigte sich mit ihrer Bedeutung für heutige Linke.

LINKE-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau sprach auf dem Symposium zum Thema »›Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden‹ – Rosa Luxemburg und die heutige deutsche Linke« und kam zu dem Schluss: »Diese Botschaft haben wir – habe ich – gelernt. Freiheit ist aber immer auch die Freiheit der anders Lebenden. Denn wenn sie kein Privileg, sondern ein universelles Menschenrecht ist, dann lässt sie sich auch nicht von den globalen sozialen und ökologischen Entwicklungen trennen.« Sie schlussfolgerte weiter: »Man darf soziale Rechte und individuelle Freiheits- und Bürgerrechte nicht hierarchisieren. Deshalb stimme ich auch diesem Satz in den programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE zu: ›Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen.‹«

Grußworte von Botschafter Harald Kindermann

Zur Eröffnung des Symposiums hatte der deutsche Botschafter in Israel, Harald Kindermann, in seiner Grußansprache festgestellt, dass mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung nunmehr die parteinahen Stiftungen aller im Bundestag vertretenen, demokratisch gewählten Parteien mit eigenen Büros in Israel vertreten seien. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 sei ein barbarischer Akt und zugleich ein zentrales Ereignis gewesen, der deutlichen Einfluss auf die politischen Verhältnisse in der Weimarer Republik hatte. Schließlich sei Weimar an der fehlenden Bereitschaft zur Verteidigung der Demokratie gescheitert.

RLS-Geschäftsführer Florian Weis stellte in seinem Grußwort die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor und verwies darauf, dass es großes Interesse am Austausch der Linken in Deutschland und in Israel gäbe. Thematischer Mittelpunkt der gegenwärtigen Arbeit der Stiftung sei neben der Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und den Traditionslinien die Analyse ökonomischen Krise die Beantwortung der Frage, was heute links und sozialistisch sei.

In zwei historisch angelegten Panels des Symposiums beschäftigten sich Annelies Laschitza (Berlin) und Ludger Heid (Duisburg) mit Leben und Werk Rosa Luxemburgs sowie weiterer jüdischer Politiker in den deutschen Linksparteien bis 1933. »Von Konterrevolutionären gehetzt und bedroht, brachte Rosa

Luxemburg ihre Leidenschaft und ihre Vision für eine bessere Welt noch einmal unerschrocken auf den Punkt: Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit«, schloss Laschitza ihren viel beachten Vortrag. Heid beschäftigte sich mit der Jüdischen Partizipation in der Weimarer Republik und ging der Frage nach, welche Rolle der Antisemitismus in den deutschen Linken Parteien spielte. Die Aussage, dass Proletarier nur ihre Ketten zu verlieren hätten, so Heid, galt auch für Juden.

Natascha Gordinsky (Jerusalem) stellte die von Lea Goldberg übersetzte hebräische Ausgabe von Rosa Luxemburgs »Briefe aus dem Gefängnis« und deren Rezeption in Israel vor. Anlass dafür war die vom Israel-Büro der RLS initiierte Neuauflage dieses Bandes, der zur Büroeröffnung präsentiert werden konnte. »Neunzig Jahre nach ihrer Ermordung, und ausgerechnet jetzt, da die israelische Linke geschlagen und gedemütigt aus den Wahlen hervorgegangen ist, unternehmen Politiker und Intellektuelle beider Länder den Versuch, eine neue Dimension der ›Roten Rosa‹ zu erschließen«, kommentierte die liberale israelische Tageszeitung Haaretz die in einem Kibbuz-Verlag erschienene Neuausgabe in hebräischen Sprache.

An der Debatte zu aktuellen Fragen der Rosa-Luxemburg-Rezeption in Israel und in der israelischen Linken beteiligten sich die ehemaligen bzw. aktuellen Knesset-Abgeordneten Shulamit Aloni, Yair Zaban, Tamar Gozansky und Dov Khenin sowie die Historiker und Politikwissenschaftler Moshe Zuckermann, Barbara Swirski, Gadi Algasi und Moshe Zimmermann.

Dov Khenin, Knesset-Abgeordneter und mit einem sehr guten Wahlergebnis zur Bürgermeisterwahl in Tel Aviv Ende 2008 für die neue Liste »Eine Stadt für uns alle« angetretener Politikwissenschaftler, vertrat dabei die Ansicht, dass trotz der jüngsten Wahlniederlagen es durchaus Chancen für die israelische Linke bestünden, »sich im Spätkapitalismus wieder zu beleben«. Moshe Zuckermann zeigte sich hingegen wenig optimistisch, fügte jedoch hinzu: »Die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung bringt Enttäuschungen mit sich. Aber alles, was historische gewachsen ist, kann sich auch historisch verändern.«

In ihrem Schlusswort betonte die Leiterin des Israel-Büros der RLS Angelika Timm, dass sie es als Aufgabe ansehe, in Israel Kenntnisse über Deutschland und die deutsche Linke in Israel zu vermitteln, eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der israelischen Zivilgesellschaft anzustreben und darüber hinaus zur Entwicklung eines realistischen Israelbildes in Deutschland beizutragen.

*Dr. Detlef Nakath ist Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.*

**Rosa-Luxemburg-Foundation**
26, Nachmani St – P.O.Box 536
Tel Aviv – Jaffa 61004
Israel

**Angelika Timm**
Leiterin des Büros Israel, Tel Aviv

timmang@rosalux.co.il
Tel. +972 (0)3 6228291, Fax +972 (0)3 6855632

Claus-Dieter König

# Landfrauen in der Casamance und politische Aktivisten im Niger Delta

## *Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Westafrika*

Seit 2008 arbeitet die Stiftung in den westafrikanischen Ländern Mali, Senegal und Nigeria und wird im Frühjahr 2010 in Dakar ein Regionalbüro eröffnen. Auch in Westafrika ist die Solidarische Gesellschaft noch Zukunftsmusik. Große Bevölkerungsgruppen haben keinen sicheren Zugang zu Grundgütern eines selbstbestimmten Lebens, etwa einer gesicherten Versorgung mit Nahrung und Trinkwasser, verlässlicher Gesundheitsversorgung oder umfassender Bildung.

Die Arbeit der RLS in Westafrika setzt deshalb bei der grundlegenden politischen Bildung an. Mehr Menschen sollen befähigt werden sich am politischen Prozess zu beteiligen und ihre Entwicklung selbst zu gestalten. Dazu führt die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Partner in der im Südwesten von Senegal gelegenen Region der Casamance ein Programm zur Gesundheitserziehung und staatsbürgerlichen Bildung durch. Die überwiegend weiblichen Teilnehmerinnen wirken als Multiplikatorinnen. Was sie zu Kommunikation, Gesundheit und sozialer Organisation in den Seminaren lernen, geben sie in ihren Dörfern weiter. Am Ende des ersten Jahres der Zusammenarbeit berichteten die Frauen, dass sie mit gestärktem Selbstbewusstsein aktiv das Zusammenleben in der Dorfgemeinschaft mitgestalten. Sie haben neue Frauengruppen gegründet oder bestehende reaktiviert. Bei den Kommunalwahlen im März 2009 haben selbst aus entlegenen Dörfern Frauen für den Landgemeinderat kandidiert, obwohl der

Seminar unter dem Palaverbaum (Casamance, Senegal)

Bildungscamp im Niger-Delta (Nigeria)

Sitz der Landgemeinde oft mehrere Stunden Fußmarsch von ihrem Dorf entfernt liegt.

Ganz anders als im ländlichen Senegal gestaltet sich die Projektarbeit im Niger-Delta. In den Bildungscamps und Seminaren unseres nigerianischen Partners Social Action geht es weniger um lokale Ansätze, sondern vielmehr um die globalen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes. So steht das Wissen über Strukturen des Weltmarkts im Vordergrund, insbesondere am Beispiel des Rohöls. Denn die Förderung dieses Rohstoffes hat Nigeria lange zum wichtigsten Erdölexporteur Afrikas gemacht. Während das Öl nach Europa und die USA fließt, finanziert sich in Nigeria eine parasitäre Staatsklasse mit den erzielten Gewinnen selbst. Den Menschen im Niger-Delta bleibt die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage, denn die ökologischen Auswirkungen der Ölförderung sind fatal.

»Unser« Projekt im Niger-Delta greift grundlegende Ziele der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf: die Verbindung von wirtschaftlicher und ökologischer Zukunftsfähigkeit, Eman-

zipation und demokratischer Partizipation. Die geförderten Projekte sollen vor allem politische Spielräume in Bezug auf die (internationalen) Rahmenbedingungen öffnen und die Fähigkeit zur aktiven Gestaltung der eigenen Lebensumstände erhöhen. Im März dieses Jahres konnten wir vor Ort in Benin-City selbst erleben, dass die Seminare zu einem der wichtigsten Foren alternativer politischer Bildung im Niger-Delta geworden sind. Sie haben zur Vernetzung verschiedener Organisationen beigetragen, die sich für Umweltschutz, Gerechtigkeit und Demokratie in Nigeria engagieren.

In Mali arbeiten wir mit einem Netzwerk von Radiostationen zusammen, das durch Diskussionsveranstaltungen von Hörerclubs die kritische gesellschaftspolitische Debatte auf dem Land fördert. Ein anderer Partner in Mali entwickelt zusammen mit Organisationen von Bäuerinnen und Bauern eine alternative Landwirtschaftspolitik. In der senegalesischen Hauptstadt Dakar und Umgebung werden neugewählte kommunale MandatsträgerInnen ausgebildet.

In Zukunft wollen wir verstärkt aus der Region über Politik und Gesellschaft berichten und dabei versuchen, Antworten auf drängende Fragen der Regionalentwicklung zu finden. Afrika bleibt ein spannender Kontinent voller Vielfalt auch in den sozialen Bewegungen.

*Claus-Dieter König ist designierter Büroleiter Westafrika (Ausreise 2. Jahreshälfte 2009).*

# Erstes Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Asien

Am 27. April eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi ihr erstes Auslandsbüro auf dem asiatischen Kontinent. Es ist die inzwischen neunte Auslandsvertretung der RLS. Eingeladen waren VertreterInnen der Partnerorganisationen, von politischen und akademischen Institutionen, NGOs und Medien Vietnams sowie deutscher Institutionen in Hanoi. Auch der Vorsitzende der LINKEN Lothar Bisky und RLS-Vorsitzender Heinz Vietze nahmen an der Veranstaltung teil.

Die Büroeröffnung wurde in den Eröffnungsreden als wichtiger Meilenstein für eine Stärkung der Arbeit der Stiftung in der Region bezeichnet. Es wurde an die Solidarität der DDR-Bevölkerung mit Vietnam erinnert und die Erwartungen an einen fruchtbaren politischen Dialog formuliert. Zu einem solchen Dialog anregen wollte auch das anschließende Programm zu Rosa Luxemburg mit Jörn Schüttrumpf und Regine Seidler. Seidler spielt die Rolle der Luxemburg im Stück Rosa des Berliner Grips-Theaters.

Auf großes Interesse beim vietnamesischen Publikum stieß das zwei Tage später stattfindende Seminar zur Entwicklung Deutschlands nach der Wiedervereinigung. Es war eine kritischen Bestandsaufnahme der Situation in der Bundesrepublik 20 Jahre nach dem Mauerfall, etwa in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Umweltpolitik oder Geschlechtergerechtigkeit. Hierzu referierten Hans Thie, Katrin Schäfgen, Almuth Tharan und Maria Wersig.

**Rosa-Luxemburg-Foundation**
**Representative Office Vietnam**
72 Xuan Dieu
Tay Ho District
Hanoi, Vietnam

**Dorit Lehrack**
Leiterin des Büros Vienam, Hanoi

lehrack_rosaluxvietnam@web.de
Tel. +84 (0)4 37185835, Fax +84 (0)4 37185834

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V.**
Große Düwelstr. 28
30171 Hannover
Tel. 0511 2790934
Fax 0511 2790948
kontakt@rls-nds.de
www.rls-nds.de

Vorstandsvorsitzender Dr. Ulrich Wolf

**Bärbel Reißmann**

# Vielfalt im Aufbruch

## *Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen*

Als die niedersächsische Landesstiftung 2001 als Rosa-Luxemburg-Bildungswerk e. V. gegründet wurde, hatte sie gerade einmal sieben Mitglieder. Heute, nur acht Jahre später, sind es über 150, Tendenz weiter steigend. Diese ehrenamtliche Basis ist die große Stärke der Stiftung, sowohl was die räumliche Abdeckung des Flächenlands Niedersachsen angeht als auch hinsichtlich des außerordentlich breiten Spektrums thematischer Interessen. Projekte der Stiftung werden hier – vielleicht stärker als in anderen Ländern – von ehrenamtlich Aktiven vor Ort entwickelt und ihnen nicht von außen »aufgedrückt«.

Das Land bietet jede Menge Herausforderungen für linke politische Bildung. Es gibt die Groß- und Universitätsstädte mit eigener linker Subkultur, in denen viele Veranstaltungen der RLS Niedersachsen stattfinden. Deren Ausstrahlungskraft in nicht-akademische Bereiche ist aber oft eher gering. In den ländlicheren, konservativer geprägten Gebieten gibt es häufig nur sehr wenige linke Einzelkämpfer/innen, nichtsdestotrotz bieten Themen wie »grüne Gentechnik«, die Verteilung von Agrarsubventionen oder Ökologie Anknüpfungspunkte für linke politische Bildungsangebote, die sich mit konkreten Problemen und Interessen vor Ort verbinden lassen.

Viele dieser thematischen Wünsche lassen sich erst seit Beginn des Jahres erfüllen. Durch den Einzug der Partei DIE LINKE in den niedersächsischen Landtag erhält die Stiftung dort seit 2009 eigene Landesmittel, so dass erheblich mehr Geld für politische Bildung zur Verfügung steht. Dieses Geld wird eindeutig in die Breite investiert: Als die Stiftung bei der Beantragung der Mittel Themenlinien benennen sollte, kam man auf nicht weniger als 17 Schwerpunktthemen.

Die ehrenamtlich Aktiven der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen organisieren sich, ähnlich wie etwa in Nordrhein-Westfalen, zum großen Teil in Rosa-Luxemburg-Clubs der einzelnen Städten oder Regionen. Sie sind prinzipiell offen für alle, die sich an der Gestaltung linker politischer Bildungsangebote im Rahmen der RLS Niedersachsen beteiligen wollen. Menschen verschiedenster politischer Hintergründe finden hier ein Forum für Diskussion und Zusammenarbeit.

Auch wenn in der Arbeit der Stiftung die Landeshauptstadt Hannover zurzeit noch etwas übergewichtig repräsentiert ist (das gilt sowohl für die Zusammensetzung von Mitgliedschaft und Vorstand als auch die geografische Verteilung der Veranstaltungen), decken die Rosa-Luxemburg-Clubs mittlerweile beinahe alle Landesteile ab. Allein in 2008 wurden fünf neue Clubs gegründet. 2009 kam dann noch Ostfriesland hinzu.

Je nach den Interessen der lokalen AkteurInnen haben die Clubs ganz unterschiedliche Ausrichtungen: So gibt es in Braunschweig sowohl einen frauenpolitisch-feministischen Schwerpunkt als auch eine Akzentsetzung auf die Beschäftigung mit linker und sozialistischer Theoriegeschichte, in deren Rahmen die RLS Niedersachsen 2009 bereits im dritten Jahr in Kooperation mit der Braunschweiger Initiative für eine andere Politik (BIAP) die viel beachteten Gramsci-Tage veranstaltet.

Der Rosa-Luxemburg-Club Celle hat eine gute Verankerung in der globalisierungskritischen Bewegung, initiiert internationalistische und sozialpolitische Veranstaltungen und greift 2009 vermehrt politisch-ökologische Fragestellungen auf.

Was bleibt also nach dem erfolgreichen Aufbau jetzt noch zu tun? Da ist einmal die Struktur der Veranstaltungsteilnehmer/innen, die sehr stark abhängig ist vom Thema, den vor Ort Aktiven und gegebenenfalls auch von den jeweiligen Kooperationspartner/innen. Durch eine selbstbewusstere Schwerpunktsetzung und Öffentlichkeitsarbeit sollte es der Stiftung möglich sein, das selektive Interesse an den Bildungsangeboten auf eine breitere Basis zu stellen.

Auch intern gibt es durchaus noch Verbesserungsmöglichkeiten: Nur ein Viertel der Mitglieder der RLS Niedersachsen sind Frauen. Ihre auch nach außen sichtbare Unterrepräsentanz in Mitgliedschaft, Gremien und in Funktionen als Referentinnen oder Moderatorinnen zu reduzieren ist eine dringende und wichtige Aufgabe.

Julia Killet und Salvador Oberhaus

# Demokratie und Kapitalismus

*Das erste Promotionskolleg der RLS ist eröffnet*

***»Ich glaube nicht, dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale wie politische Gedanken ausklammert, irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat.«***

Dies war 1993 die Reaktion des Wirtschaftswissenschaftlers John Kenneth Galbraith darauf, dass ihm wiederholt der Nobelpreis versagt wurde. Heute, inmitten der Finanzkrise, scheint diese Meinung auch in bürgerlichen Kreisen auf Verständnis zu stoßen. Galbraiths Aussage ist daher auch so etwas wie ein inoffizielles Motto für das erste Promotionskolleg »Demokratie und Kapitalismus«, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität Siegeneingerichtet hat. Acht StipendiatInnen werden hier von renommierten Wissenschaftlern betreut, die für einen solchen kritischen und interdisziplinären Ansatz stehen. Darunter: Prof. Georg Bollenbeck, PD Dr. Friederike Kuster (beide Uni Siegen), Prof. Ulrich Brand (Uni Wien), Prof. Andreas Fisahn (Uni Bielefeld) und Prof. Stephan Lessenich (Uni Jena).

An der feierlichen Eröffnung am 16. Januar nahmen rund 40 interessierte Gäste aus Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit teil. Einleitend verwies Georg Bollenbeck darauf, dass die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise Auswirkungen auf den Kapitalismus und die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft habe. Ziel des Kollegs sei es, diesen Umstand mit einem emanzipierten Wissenschaftsstil kritisch zu hinterfragen. Dem schloss sich die Philosophin Friederike Kuster in ihrer Begrüßung an: »Wenn ein Promotionskolleg noch etwas von dem bewahren kann, was ehemals das Studium ausmachte, in dem man unsanktioniert seiner Neugier nachging, Denkerfahrungen machte und in der Reibung an Traditionswissen auf der einen Seite und den Altersgenossen und Lehrenden auf der anderen die Persönlichkeit bildete, wenn also heute ein Promotionskolleg einen Freiraum dieser Art bilden kann, in dem effizienzentlastet und fristenbefreit gefragt, diskutiert und nachgedacht werden kann, dann ist schon viel gewonnen.«

Unterstützung für das Kolleg wurde auch vom Rektor der Uni Siegen Prof. Ralf Schnell sowie vom Prodekan des Fachbereichs Prof. Rainer Leschke zugesagt. Sie bescheinigten dem Kolleg, dass es sich einerseits exakt in die Forschungsstrategie der Universität einfüge, zum anderen nach den langjährigen »Distanzierungsritualen in den Kulturwissenschaften« in Bezug auf Begriffe wie »Kapitalismus« oder »Demokratie« auch ideal in die Zeit passe. Dr. Katrin Schäfgen, Direktorin des Studienwerks der RLS, betonte die hohen Erwartungen der Stiftung an die Ergebnisse ihres ersten Kollegs. Als Vertreter der RLS-StipendiatInnen erklärte Mehmet Ata, dass es an den KollegiatInnen liege, was sie aus dem Kolleg, ihrer »vorläufigen akademischen Heimat«, machten und dass Demokratie auch innerhalb des Kollegs umgesetzt werden müsse.

Das Kolleg wurde mit zwei Gastvorträgen eröffnet. In ihrem Beitrag »Riskante Freiheiten: Die ›Vermarktung‹ von Demokratie« stellte Eva Kreisky, Professorin an der Universität Wien, fest, dass Demokratie noch nie in der Geschichte der Menschheit voll entwickelt war und dass sie bis heute als Begriffshülse für formale Repräsentation fungiert. Mit der neoliberalen Globalisierung wurde die Ausgewogenheit von Demokratie und Kapitalismus verletzt und eine Entdemokratisierung in Gang gesetzt. Daher gelte es, »Tendenzen entleerender und entwertender Transformationen des Demokratischen auszumachen, ja: demokratieruinöse Aspekte des neoliberalen Regimes zu stoppen.«

Den zweiten Gastvortrag hielt Prof. Frank Deppe (Universität Marburg) zum Thema »Kapitalismus und Demokratie. Reflexionen über ein problematisches Verhältnis«. Er machte deutlich, dass der Kapitalismus aktuell »ins Gerede gekommen« sei. Jedoch, so Deppe, sei das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie immer schon widersprüchlich gewesen, zudem habe man es aktuell mit einer doppelten Krise von Kapitalismus und Demokratie zu tun. Offen bleibe, auf welchem Wege eine Re-Demokratisierung erfolgen könne: durch die Rückkehr des Staates, eine Elitenherrschaft oder über die Beteiligung neuer sozialer Bewegungen. Diese als Forschungsdesiderate bezeichneten Möglichkeiten künftiger Entwicklung bildeten auch den Schwerpunkt der Diskussion mit beiden Referenten.

Den Abschluss der Eröffnungsveranstaltung bildete die Präsentation der Promotionsvorhaben der acht StipenditatInnen, die verschiedene Aspekte des Spannungsverhältnisses von Demokratie und Kapitalismus bearbeiten.

*Julia Killet ist Promotionsstipendiatin der RLS. Salvador Oberhaus ist Mitarbeiter der Stiftung im Regionalbüro Rheinland-Pfalz.*
*Für weitere Informationen zum Promotionskolleg siehe: http://www.uni-siegen.de/fb3/demokratie_und_kapitalismus/*

Lothar Bisky, Konstanze Kriese, Jürgen Scheele (Hrsg.)
**Medien – Macht – Demokratie**
**Neue Perspektiven**
Texte 54 der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Karl Dietz Verlag Berlin 2009
472 Seiten, Broschur
24,90 Euro
ISBN 978-3-320-02183-2

Lothar Bisky, Konstanze Kriese, Jürgen Scheele (Hrsg.)

# Medien – Macht – Demokratie Neue Perspektiven

Stiefmütterliche Distanz zur Medienpolitik ist bei weitem nicht nur eine chronische Krankheit aktiver Politikerinnen und Politiker, in Deutschland und europaweit. Medienwelten werden auch gern in den Sozial- und Geisteswissenschaften, in Zukunftsprojektionen und Überlegungen über eine Modernisierung der demokratischen Öffentlichkeiten unterschätzt.

Während gerade noch das Ende einer eurozentristisch geprägten literalen Kulturepoche befürchtet oder besungen wurde, spielen neue Generationen der westlichen Welt in virtuellen Räumen archaisch anmutende Zukünfte, proben komplexe Kommunikationsformen, schaffen neue soziale Beziehungen, deren Tragkraft noch im Verborgenen scheinen. Dies ist längst in den Einzelwissenschaften angekommen und damit scheint unser Eingangsstatement beinahe erledigt. Doch leider fügen sich die Notate und Befunde über Medienkonzentrationen, Spielewelten, Überwachungspraktiken und Runkfunkentwicklungen nicht systematisch zueinander, weshalb ein Sammelband ausgesprochen lohnenswert erschien, in dem ökonomische, politische, kulturelle und juristische Sehweisen aufeinander treffen.

Auf der anderen Seite hat beinahe die Hälfte der Menschheit noch nie ein Telefon benutzt, bleibt abgeschnitten von der Produktion, Verbreitung, der Strukturierung und modernen Aufbereitung von Informationen über Konflikte und Chancen unseres Zusammenlebens, über Weisheiten und Dramen unserer Weltgeschichte.

## *Medienpolitik als fünftes Rad am Wagen – statt Transparenz und Partizipation herrscht Expertokratie*

Der vorliegende Sammelband, Medien – Macht – Demokratie, ist entstanden, weil vielen Wissenschaftlerinnen, Politikern, Medienfachleuten und Kulturmenschen zutiefst bewusst ist, dass der Zugang zu Kommunikation und Information in unseren Gesellschaften Grundfragen der demokratischen Beteiligung betreffen.

Jörg Roesler
**Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik**
**Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren**
Texte 43 der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Karl Dietz Verlag Berlin 2008
111 Seiten, Broschur
9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02137-5

Jörg Roesler

# Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik

## *Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren*

Dieses Buch handelt von den Anfängen einer nationalen Wirtschaftsordnung, die unter dem Namen Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik bald zu einem Begriff, zu einer Marke, zu einer Ikone geworden ist. Die Geschichte der Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft ist durch eine Kette von Ereignissen charakterisiert, über die sich wirtschafts- bzw. ordnungspolitische Entwicklungsbrüche realisierten.

Zwei dieser Ereignisse sind heute jedermann bekannt und immer wieder (gern) beschrieben worden: Die Währungsreform vom Ende Juni 1948 und der mit ihr verbundene Übergang von der Bewirtschaftung, d. h. der Lenkung der Wirtschaft mit Hilfe administrativer Entscheidungen zur Regulierung der Wirtschaft über den Markt. Bei den anderen zu beschreibenden Ereignissen handelt es sich um Protestaktionen, die auf ihrem Höhepunkt im Oktober/November 1948 in einem Fall in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Militär, Polizei und Demonstrierenden führten, die so genannten Stuttgarter Vorfälle und die im anderen Fall zu einem Generalstreik in zwei der drei Westzonen führten. Auf diese Ereignisse wird in der bisherigen Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik wenig eingegangen bzw. sie wurden – wie im Falle der »Stuttgarter Vorfälle« – ganz verschwiegen.

Jan Korte

# Instrument Antikommunismus Sonderfall Bundesrepublik

***Der Antikommunismus war der Kompass, am dem sich die Politik der jungen Bundesrepublik maßgeblich ausrichtete. Er war der Lackmustest, ob man Teil der Gesellschaft war oder von ihr geächtet wurde. Jan Korte diskutiert sachlich dieses oft tabuisierte Kapitel bundesdeutscher Geschichte.***

Wichtig ist dem Autor die Verbindung zwischen Antikommunismus und dem Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik von 1949 bis heute.

Der Band bietet eine historisch-politische Darstellung von Inhalt, Form und Gehalt des Antikommunismus in Deutschland. Ausgehend von einem persönlichen Schicksal – Walter Timpe –, wird dargestellt, wie sich der Antikommunismus entwickelte. Im zweiten Teil des Buches geht es um den Antikommunismus nach 1945 als integralen Bestandteil der bundesdeutschen Nachkriegsideologie. Hierzu wird ein Überblick über die Rückkehr der alten NS-Eliten in Staat und Gesellschaft gegeben, der wiederum dezidiert antikommunistisch begründet wurde. Schlüsselfigur dabei: Konrad Adenauer. Im Buch werden daher wichtige Reden, Aufsätze und die Erinnerungen Adenauers untersucht. Zur Untermauerung werden außerdem die Kabinettsprotokolle der ersten beiden Regierungen Adenauers ausgewertet, die teils skurrile, teils unglaubliche Vorgänge zum Thema Antikommunismus liefern. Außerdem findet sich eine Übersicht über die Debatten bis zum heutigen Tag. Dabei wird unterstrichen, dass eine Kritik des Antikommunismus nur von einem antistalinistischen Standpunkt aus betrieben werden kann. Linksdogmatische Positionen werden mit konservativ-antikommunistischen verglichen. Den Abschluss des Buches bildet eine Auseinandersetzung mit rückwärtsgewandter Kritik am Antikommunismus, die die wahren Momente im Antikommunismus – der ihn u. a. so wirksam gemacht hat – nicht beachtet.

Jan Korte
**Instrument Antikommunismus**
**Sonderfall Bundesrepublik**
Karl Dietz Verlag Berlin 2009
128 Seiten, Broschur
9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02173-3

Matthias Krauß

# Die Partei hatte manchmal Recht ...

Deutschlands Medien, Historiker und Politiker sind sich einig wie selten: Diese DDR, die 1990 erlosch, hat nichts von Wert verkörpert, nichts von Wert verfolgt und nichts von Wert bewirkt. Da waren Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht. Und vielleicht noch Katarina Witt und das Sandmännchen. Sonst nichts.

War es wirklich so, oder war nicht alles viel komplizierter? Krauß hat sich vorgenommen, dem selbstgefälligen Strom der Meinungskonfektion etwas entgegenzuhalten. Sein Buch ist gegen einen triumphierenden und doch ärmlichen Zeitgeist angeschrieben.

Dabei geht es ihm nicht darum, den Verteufelungen der DDR ihre Idealisierung entgegenzusetzen. Weil jedoch im heutigen Diskurs auf allen Kanälen ausschließlich Dinge Erwähnung finden, die gegen die DDR sprechen, habe er sich als Anspruch gesetzt, ausführlich darzulegen, was für sie spricht. Schonungslos, dabei kenntnisreich und unterhaltend tritt Krauß mit seinem Leser in den Dialog. Er deckt auf, dass sich die Nachteile der DDR vielfach aus ihren Vorzügen ergaben und umgekehrt. Und: Die DDR wird heute weniger für die Dinge gehasst, mit denen sie im Unrecht war – gehasst wird sie vor allem für Dinge, in denen sie mitunter sogar Vorbild war. Im heute offiziell verbreiteten DDR-Bild spiegelt sich für den Autor außerdem die Unfähigkeit der Eliten wider, einleuchtende politische Lösungen für die Zukunft anzubieten.

Matthias Krauß
**Die Partei hatte manchmal Recht ...**
Karl Dietz Verlag Berlin 2009
224 Seiten, mit 38 Abbildungen
Broschur, 14,90 Euro
ISBN 978-3-320-02174-0

»Hol sie der Teufel, dieses geborene Kanonenfutter! Ich weiß wirklich nicht, ob ich nach dem Kriege in Deutschland bleibe, mir wird die Atmosphäre beinahe verhaßt.«

Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 19. Oktober 1914

Rosa Luxemburg Stiftung